

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Belastungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Ostpreußen und
 Ostpreußen-Litauen 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechspaltige Kolonne
 je Zeile oberer Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Erwid-
 und Verfassungen 30 Pfg., für
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochent-
 agen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 20. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Aus England.

(Freude über die Entsetzung Kimberleys. — Die sogenannte Militärreform der Regierung. — Keine allgemeine Wehrpflicht. — Die Liberalen Antis-Imperialisten und ihre Gegner. Ein Vorschlag. — Erfolgreiche socialdemokratische Versammlung gegen die Kriegspartei.)

London, den 17. Februar.

Die Entsetzung Kimberleys durch General French und die strategischen Maßnahmen des Feldmarschalls Roberts haben den Winter des Mißvergnügens der letzten Wochen in glorreichen Sommer verwandelt. Der Doppelsinn des englischen Wortes für Entsetzung — Relief = Erleichterung, Trost — wird von mehr als einem Blatt zu der Erklärung benutzt, nicht nur von Kimberley, sondern auch von ganz England habe French erfolgreiche Aktion den Alp genommen. Natürlich ist der genannte General der Held des Tages, an Popularität nur noch überstrahlt von Lord Roberts — „Bobs“, wie ihn der Volksmund nennt. Der greise Feldmarschall, der den einzigen Sohn in diesem Kriege hat fallen sehen, war auch schon vorher im Publikum wie im Heer außerordentlich beliebt, im Moment aber wird er geradezu vergöttert. Die Masse — und nicht etwa nur die auf der Straße — hat einen wahren Aberglauben an das Können von „Bobs“. Und doch wird man, ohne im übrigen seine Leistung zu verkleinern, zugeben müssen, daß sie nur erst möglich war, nachdem die Zahl der verfügbaren Truppen in Südafrika auf eine Höhe gebracht worden, die die des Boerenheeres weit über das Doppelte, wenn nicht das Dreifache übersteigt.

Ja wie weit das erzielte Resultat den Feldzug einer Entsetzung näher gebracht hat, muß abgewartet werden. Für die heimische Politik kam die Nachricht rechtzeitig genug, der Angriff, welche der Militärreformplan der Regierung hervorgerufen hat, die Schärfe zu nehmen.

Der Plan ist ein Stück Opportunismus schlechtester Art, das keine Fortwärteln ohne bestimmtes Ziel. Das gegenwärtige widerspruchsvolle System des Heeresaufbaus wird in allen seinen Teilen beibehalten. Werbetruppen auf der einen, und Milizen samt Freiwilligen auf der andern Seite sollen nach wie vor die Wehrkraft des Landes bilden, die Erhöhung ihres Bestandes nicht durch Manuskriptschneiderei der demokratischen Bürgerschaft, sondern durch Erhöhung der Anziehungsmittel für den Dienst gewährleistet werden. Mit andern Worten: Angebot und Nachfrage, und nicht das für alle geltende Gesetz sollen für die Ausbildung zur Landesverteidigung angerufen werden. Es ist selbstverständlich, daß mit dieser Gegenüberstellung nur die Prinzipialität der sogenannten Reform gekennzeichnet, und nicht etwa das derzeitige Militärsystem der festländischen Großstaaten als Ideal für England hingestellt werden soll.

Tatsächlich hat sich die Rekrutierung durch Angebot und Nachfrage als völlig unzulänglich erwiesen. Die Anziehungsmittel für die reguläre stehende Armee sind, so weit sie die Bezahlung betreffen, knapp ausreichend, auf die schlechtesten gestellte Schicht der arbeitenden Klassen zu wirken, und würden auch hier noch oft versagen, wenn nicht gewisse soziale Faktoren (der Reiz des bunten Tuchs, des weniger eintönigen Lebens etc.) hinzukämen. Es müssen alle möglichen Anlockungen angewandt werden, um das reguläre Heer bloß in seiner jetzigen Stärke zu erhalten, und wenn die sich langsam, aber doch stetig vollziehende Aufwärtsbewegung der englischen Arbeiter anhält, wird die bloße Erhaltung des gegenwärtigen Heeresbestandes immer größere Summen in Anspruch nehmen. Und das ist teilweise unvermeidlich, denn für den Dienst in den Kolonien wird niemand daran denken, das Werbesystem aufgeben zu wollen. Die große Masse der englischen Arbeiterschaft und auch der übrigen Bevölkerung wird nie in ein System der Wehrpflicht willigen, das die Verpflichtung zum Dienst in den Kolonien einschließt. Es kann sich immer nur um die Pflicht der Landesverteidigung, beziehungsweise der Ausbildung dazu, handeln, und da bei Englands insularer Lage hier die Flotte in erster Reihe in Betracht kommt, ist um so mehr die Möglichkeit gegeben, diese Pflicht für den Dienst auf dem Lande in engen Grenzen zu halten und demokratisch zu organisieren, d. h. das Milizsystem, die sogen. Freiwilligen-Ausbildung eingeschlossen, zu verallgemeinern und in wirklich systematischer Weise aufzubauen. Das ist, von waffentechnischen Fragen abgesehen, das zu lösende Problem der englischen Wehrreform, und dazu trägt das von der jetzigen Regierung vorgezeichnete Ausbildungsmittel gar nichts bei, durch keine Vergünstigungen will man den Dienst bei den Milizen und den Freiwilligen lockender machen, und dafür sollen auf der andern Seite die Freiwilligen mehr ihrer Zeit für den Liebigsdienst hergeben. Dazu sind aber heute die wenigsten im Stande. Vier Wochen aus der Stellung wegzubleiben, ist keine so einfache Sache, und wenn der jetzige patriotische Ueberschwang sich erschöpft hat, wie er nach aller Erfahrung sich erschöpfen muß, so wird jeder Unternehmer sich dagegen sträuben, eine nennenswerte Anzahl seiner Leute plötzlich auf Wochen fortziehen zu lassen, ohne ihre Plätze anderweitig zu besetzen. Nicht Vermehrung, sondern Verminderung der Freiwilligen ist die wahrscheinlichste Folge des Vorschlags.

Daß er nicht nach dem Herzen des Kriegsministers ist, steht außer Frage. Lord Lansdowne wollte den Milizdienst obligatorisch machen, mit Miliberg durch das Los. Auch gerade keine ideale Maßregel, aber doch ein Schritt zur Demokratisierung, zu einer grundsätzlichen Reform. Es ist offenes Geheimnis, daß er mit seinem Vorschlag am Widerspruch Lord Salisbury scheitert ist. Der Premierminister will von keiner radikalen Aenderung wissen. Daher vorgehen im Hause der Lords der Journalist Joseph Chamberlain gegen ihn. Der Führer der Liberalen, der sich sonst gern als Wälderer giebt, wurde ordentlich pathetisch. Dem „wir werden uns schon durchhaukeln“. Lord Salisbury hielt er ein ultrareaktionäres Bild von Englands internationaler Position entgegen. Man solle sich doch nicht einbilden, die andern Mächte über den wirklichen Stand von Englands Wehrkraft täuschen zu können, und solle sich doch über die Möglichkeiten, mit denen England zu rechnen habe, nicht Selbsttäuschungen hingeben. Die Engländer des britischen Weltreichs stehe auf dem Spiel, und da müsse der Schandrian des Fildaussehens ein Ende nehmen. Etwas weniger pessimistisch, aber doch in der Hauptsache im gleichen Sinn sprach Lord Kimberley, der offizielle Führer der Liberalen im Haus der Lords.

Da kamen gestern früh die guten Nachrichten, und am Abend hies der Führer der Liberalen im Haus der Gemeinen, Campbell-Bannerman, in Salisbury's Horn. Es sei kein Grund vorhanden, einen alarmierenden Ton anzuschlagen. Die Anforderungen an Englands Wehrkraft seien nur infolge von seiner Politik der Reu-erwerbungen gestiegen, eine Aenderung dieser aggressiv imperia-

listischen Politik sei notwendig, dann würden auch die Wehrkräfte des Landes genügen. Die allgemeine Wehrpflicht der Festlandsstaaten sei verständlich, aber Wehrpflicht bei der Miliz mit Auslösung komme ihm vor wie eine Kombination der früheren Wehrbanden (die Leute gewaltsam zum Militärdienst einfüngen) mit dem Rouletteisch. Die geforderte Heeresergänzung bewilligt er.

Nach Annahme des Debattenschlusses, gegen den sich die irischen Nationalisten vergeblich auflehnten, wurden die geforderten Zuschüsse (13 Millionen Pfund) mit 234 gegen 82 Stimmen bewilligt. Die Rede Bannermans spiegelt bis zu einem gewissen Grade den Einfluß einer Konferenz von Liberalen und Radikalen wieder, die am 14. d. M. in London stattfand und eine Reihe scharf oppositioneller Beschlüsse gegen die Regierung und die in der Südafrikafrage mit ihr gehenden Liberalen faßte. Wenn gleich die Konferenz, an der zwölf Parlamentarier — darunter die Arbeitervertreter Burt und Maddison — teilnahmen, nur eine Minderheit der Partei vertritt, repräsentiert sie doch keine zu verachtende Minderheit und konnte daher vom Parteiführer, dem sie obendrein ein Vertrauensvotum ausstellte, nicht ignoriert werden. Sie verlangte Veröffentlichung der unterdrückten Dokumente über den Jameson-Ueberfall, eine bestimmte Erklärung der Regierung, welches Ziel sie bei dem gegenwärtigen Krieg im Auge habe, Rückkehr zu der von Cobden, Bright, Gladstone etc. vertretenen Friedenspolitik, protestierte gegen die ständige Vermehrung der Rüstungen und erklärte, daß sie einen Vorschlag, der auf allgemeine Dienstpflicht in irgend einer Form hinausläufe, mit Unruhe und Entrüstung betrachten würde.

Wie begrifflich, werden diese Beschlüsse von den liberalen Zeitungen imperialistischer Couleur ziemlich bitter kommentiert. Am mildesten drückt sich nach das radikale Abendblatt „Echo“ aus. Die Proteste gegen die provokierende Politik der Regierung seien schon ganz recht, meint es, aber kann man glauben, der Sache des nationalen Fortschritts dadurch zu dienen, daß man eine Liga bildet, die für den Ausdruck ihrer Prinzipien auf ein Vierteljahrhundert zurückgreift? Die Aufgabe des Liberalismus besteht in der Anwendung der liberalen Prinzipien auf diejenigen Probleme der Reichspolitik, die just vor uns liegen, und nicht in der Aufnahme eines Kufs, der die Partei vor zwanzig Jahren zur Macht brachte. Heute obliegt es und nicht, das Reich zu verleugnen, sondern von den Angelegenheiten des Reichs Einfluß und Methoden fernzuhalten, die dem, einem freiheitsliebenden Volke einzig möglichen Reiche Zerstörung drohen.

Zu der Frage, auf die es ankommt, sind die Beschlüsse der Konferenz teils unbestimmt, teils rein negativ. Und doch kommt alles darauf an, welche positiven Vorschläge zur Schlichtung des Südafrika-Handels gemacht werden können, die die Bürgerschaft des Friedens in sich tragen. Ein Parteigänger der Konferenz, Mr. Massingham, der bisherige Redacteur des „Daily Chronicle“, entwickelt heute im „Morning Leader“ ein Friedensprogramm, wie es nach seiner Ansicht die Vereinigten Staaten vorschlagen sollten. Er postuliert:

1. Zerstörung der Boerenfestungen. Aushändigung der Kanonen an eine neutrale Macht.
2. Abzug der britischen Armee mit Ausnahme der Garnisonen von Durban und Kapstadt.
3. Internationale Garantie der Unabhängigkeit der Boeren-Republiken, vorbehaltlich der Kontrolle ihrer auswärtigen Politik.
4. Ein Gesetz, das den Ausländern nach fünf Jahren Aufenthalt die Naturalisation zusichert.
5. Einberufung einer Konferenz der in Mitleidenschaft gezogenen Staaten und Kolonien Südafrikas, die ein Jahr nach Einstellung der Feindseligkeiten zusammentreten und darüber beschließen soll, ob und unter welchen Bedingungen diese Staaten einen unter dem Schutze der britischen Krone stehenden Bund gründen wollen, wobei jeder Staat seine jetzige Flagge zu behalten habe.
6. Gegenseitige Entschädigung für die Zerstörung von Privateigentum.

Auf die Frage nach der Zweckmäßigkeit des Vorschlags trete ich nicht weiter ein. Doch scheint mir, daß einige der Punkte auf ebenso beständigem Widerstand der Boeren stoßen würden wie andere auf den der derzeitigen Regierung Englands.

Es ist anzunehmen, daß wenn das Kriegsglück sich weiter den Engländern günstig zeigt, die Friedensbewegung hier an Kraft gewinnen wird. Denn bei einem großen Teil der Bevölkerung ist der Krieg nur als ein Verteidigungskrieg gegen einen Angriff, als Abwehr gegen die Gefahr populär, die die zu Tage getretenen Rüstungen des Transvaal für England bedeuten. Gegen Unterdrückung bzw. gewaltsame Annexion der Transvaal-Republik aber sind sehr viele, die bisher nichts von den Agitationen der Kriegsbeendigungs- und Versöhnungskomitees wissen wollten.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß vorigen Montag die Socialdemokratische Föderation im Londoner East-End eine große Protestversammlung mit Hyndman als Referent abhielt, die trotz eines von den Gegnern veranstalteten Sprengversuchs durchaus erfolgreich verlief. Die Störer konnten sich nur außerhalb des Lokals bemerkbar machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Februar.

Zur Stärkung der agrarischen Macht

hat Herr Rheinbaben eine Abänderung der Kreisordnung vorgenommen.

Nach dem bisherigen Gesetz besteht der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer aus allen denjenigen Grundbesitzern mit Einschluß der juristischen Personen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, die von ihrem auf dem platten Lande belegenen Grundeigentum mindestens 25 M. an Grund- und Gewerbesteuer entrichten bzw. zu entrichten haben würden, wenn sie nach Maßgabe der Gesetze vom 21. Mai 1861 zur Grund- bzw. Gebäudesteuer veranlagt wären.

In den vor Berlin gelegenen Kreisen Niederbarnim und Teltow sind nun die eigentlichen Agrarier infolge des Vororts-

wesens ein wenig ins Hintertreffen gelangt. Darüber schreibt die „Berl. Korresp.“ bewegten Herzens:

In den beiden genannten Kreisen haben nämlich infolge Anwachsens der Vororte Berlins zahlreiche Hausbesitzer die Wahlberechtigung und seit Jahren die überwiegende Stimmenmehrheit im Wahlverbande der größeren Grundbesitzer erlangt. Die Grundbesitzer sind schon jetzt fast vollständig aus den Kreisräten verdrängt, und es ist bestimmt zu erwarten, daß nach den nächsten Kreiswahlen zum Kreisrat der Großgrundbesitzer überhaupt nicht mehr in den beiden Kreisen vertreten sein wird, obwohl von dem Areal des Kreises Niederbarnim 45 Proz., des Kreises Teltow 40,4 Proz. sich in seinen Händen befinden und auch das Kreisvermögen der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden erheblich höher ist als das der wahlberechtigten Hausbesitzer. Da einer großen Zahl von Hausbesitzern, die ihren Wohnsitz in Berlin haben, jede Beziehung zu dem Kreise fehlt, so ist zu befürchten, daß bei den aus ihrer Mitte gewählten Kreisräten die Interessen der Landbevölkerung keine genügende Berücksichtigung finden und daß infolgedessen aus der Zusammensetzung der Kreisräte ernste Gefahren für die geordnete Verwaltung der Kreis-Kommunalangelegenheiten entstehen werden. Es ist daher geboten, dem Großgrundbesitzer gegenüber der Vorherrschaft der Hausbesitzer in den Kreisräten der beiden genannten Kreise wieder zu einem seiner Bedeutung entsprechenden Einflusse zu verhelfen. Andererseits erfordert es die Billigkeit, daß den städtischen großen Vororten im Hinblick auf ihren erheblichen Anteil an den Kreislasten eine stärkere Vertretung als bisher auf den Kreisräten gewährt wird.

Um diese doppelte Absicht zu erreichen, wird in einem dem Landtage vorgelegten Gesetzentwurf die Bestimmung getroffen, daß für einzelne Kreise nach Anhörung des Provinziallandtags durch königliche Verordnung bestimmt werden kann, daß von dem nach § 86 der Kreisordnung für die Wahlberechtigung im Wahlverbande der größeren ländlichen Grundbesitzer maßgebenden Mindestbetrage an Grund- und Gebäudesteuer wenigstens die Hälfte auf die Grundsteuer entfallen muß. Zugleich soll vorgeschrieben werden können, daß Landgemeinden der betreffenden Kreise, die mit Ausschluß der aktiven Militärpersonen über 8000 Einwohner zählen, als Städte im Sinne der Kreisordnung über die Zusammensetzung des Kreisrates zu gelten haben.

Nichts ist charakteristischer für unsre Gesetzgebung als dieser Entwurf. Die gesamte Arbeiterschaft ist und bleibt von der Vertretung ihrer Interessen im Staat und im Kreis ausgeschlossen. Sobald aber die Agrarier irgendwo durch die Gesetze geniert werden, flugs macht man ein Ausnahme-gesetz zu ihren Gunsten. Diese politische Liebesgabe für die Märktlichen Agrarier zeigt zur Genüge, daß man die Gesetze in Preußen lediglich auf das Interesse der Junker zuschneidet.

Die Aufhebung des Versammlungsrechts

In den sächsischen Bergbau-Revieren, in denen die Arbeiter sich im Auslande befinden, dauert fort. Das Zwickauer Streikkomitee hatte, wie uns eine Privatdepesche aus Zwickau meldet, telegraphisch beim Ministerium des Innern gegen die Versammlungsverbote Beschwerde erhoben. Jedoch wurde ihm bedeutet, daß es sich instanzgemäß an die Kreis-hauptmannschaft Zwickau wenden solle. Eine persönliche Rücksprache mit dem Kreisauptmann hat aber keine Abhilfe gebracht. Das Verbot der Montagversammlungen ist nicht zurückgenommen worden. Auch für Abhaltung weiterer Versammlungen könne kein bindendes Versprechen gegeben werden; wenn, so erklärte die Kreisauptmannschaft, das Komitee dahin wirken wolle, daß die Werks-Arbeiterausschüsse mit den einzelnen Werken verhandeln, so soll behufs weiterer Beschlußfassung über den Streik die Gestattung von Versammlungen ermöglicht werden.

Dies ist natürlich eine völlig unberechtigte Bedingung für die Wiederherstellung des Versammlungsrechts, zu dessen Aufhebung nicht die mindeste Notwendigkeit vorlag.

Trotz dieser die weitesten Kreise der Arbeiter tief empörenden Vorenthaltung ihres Versammlungsrechts herrscht weiter musterhafte Ordnung im ganzen Streikrevier. Auch die Konfiskation von Flugblättern, deren Nichtberechtigung sich ebenfalls bald herausstellen wird, schädigt den Streik nicht. Die Zahl der Streikenden ist trotz der Entlassungsandrohung der Grubenverwaltungen im Zunehmen begriffen. Ueberall herrscht begeisterte Stimmung der Arbeiter.

Die vier socialdemokratischen Mitglieder der zweiten Kammer des Landtags haben am Montag folgende Interpellation in der Kammer eingebracht:

Was gedenkt die Staatsregierung angesichts der durch den Kohlenmangel und die durch den Bergarbeiterstreik im Zwickauer und Oelsnitz-Lugauer Kohlenrevier hervorgerufenen schwierigen Situation im Lande zu thun?

Wie stellt sich die Regierung zum Bergarbeiterstreik und dem Verbot von Bergarbeiter-Versammlungen sowie Verhängung der Polizeistunde im Bergrevier Zwickau-Land anlässlich des Streiks?

Die Interpellation soll am Donnerstag in der Kammer zur Verhandlung kommen.

Deutsches Reich.

Die Erluchtung von oben. Die „Welt am Montag“ giebt zu, daß allerdings vor dem 18. Oktober 1899 niemand für die Vermehrung der Marine agitiert habe. Aber:

Die Flottenagitation konnte erst einsetzen, als ein klarer und festes Regierungsprogramm vorlag. Jeder andern Agitation hätte man mit Recht den Vorwurf einer Agitation ins Dlane hinein gemacht.

Das nennt man einmal eine rechte Volksbewegung und eine energische Demokratie, die erst von oben erleuchtet werden muß, ehe sie fordert, was sie für bitter notwendig hält. Freilich war am 18. Oktober auch noch kein festes Regierungsprogramm vorhanden, das hinderte aber das national-soziale Gauslein nicht, sofort ins große Rebellhorn zu tunen.

Lebigen, welche schauderregende Gewissenlosigkeit haben diese Professorenscharen doch beklundet! Sie wütheten es, welche verheerenden Gefahren uns ohne die Flotte bedrohen. Die ganze Weltgeschichte hatte ihnen die Notwendigkeit einer großen Schlachtslotte bewiesen, sie hatten erkannt, daß wir ohne sie verkommen und zu Grunde gehen müßten, wenn anders nicht Panzerschiffe uns schützten. Und dennoch bargen sie ihre surchbare Erkenntnis Jahre, Jahrzehnte lang in der Tiefe ihres Büchens. Erst nachdem in Hamburg der Kaiser ihnen die Fänge gelöst, verrieten sie ihr Geheimnis, obwohl wir längst vor diesen Tagen hätten vernichtet sein können. Es sind nur zwei Männer gewesen, die vorher die Notwendigkeit einer starken Marine eingesehen und dafür agitiert haben: Herr Schweinburg und Herr v. Wendt. Wie hoch stehen diese über denen, die erst auf Erleuchtung warteten! —

Professorenle Münchenhansen. In der Scherischen „Woche“, dem gefälligen Absteigequartier der Flottenprofessoren, veröffentlicht der Leipziger Geograph-Professor Friedrich Ratzel einen Artikel über die Großmacht der Zukunft, der wie folgt lautet:

Mit Recht wird für die Notwendigkeit der Verstärkung der deutschen Flotte der Schluß des deutschen Seehandels geltend gemacht, den man auf 70 Proz. unfres Außenhandels schätzt.

Als wir noch nicht in der weltpolitischen Aera lebten, galt die Zuverlässigkeit der Behauptungen als die vornehmste Pflicht der Gelehrten. Jetzt ist das anders geworden. Der frivoleste Offiziosus würde nicht mit solcher Leichtfertigkeit Dinge behaupten, die der Wahrheit stracks widersprechen, wie diese Leuchten der Wissenschaft. Wenn der Professor Politiker wird, so ist sein Vorbild der selbige Herrsch von Münchenhansen.

Woher kommen nun diese 70 Proz.? Aus der Tirpitzschen Denkschrift, in der zunächst zwar erklärt wird, eine genaue direkte Feststellung des deutschen Seehandels lasse sich zwar nicht stellen, dann aber, wie wir bereits nachgewiesen haben, mittels eines ungläublichen Kniffs die Zahl 70 Proz. ausgerechnet wird. Sie teilt nämlich die Länder, nach denen wir Handel treiben, in vier Kategorien: 1. Außereuropäische Länder. 2. Europäische Länder mit überwiegend oder ausschließlichem Seehandel. 3. Europäische Länder überwiegend Seehandels. 4. Europäische Länder überwiegend oder ausschließlich Landhandels. Und dann rechnet sie die Nummern 1, 2 und 3 einfach ganz und gar dem Seehandel zu, und nur Nr. 4 bleibt übrig für den Landhandel. Unter diese Staaten mit Landhandel werden nur Oesterreich, Frankreich, Belgien, Niederlande und Schweiz gerechnet. Das ist eigentlich noch sehr vorzuziehen. Da nur die Schweiz ausschließlich Landhandel treibt, so könnte der famose Statistiker gut noch mehr für den Seehandel herausrechnen, da die Schweiz nur mit 0,7 Proz. an der Ausfuhr des Deutschen Reichs und mit 3,3 Proz. an der Einfuhr beteiligt ist. Sagen wir also lieber gleich, 96 Proz. des Gesamthandels ist Seehandel.

Ganz so indirekt braucht man nun keineswegs den Seeverkehr abzuschätzen, wie es die hilflose Tirpitzsche Denkschrift thut. Wir können immerhin feststellen, daß von den 68 100 000 Tonnen, die im Jahr 1897 der deutsche Außenhandel betrug, 31 607 000 Tonnen durch die Eisenbahn befördert worden sind; das sind 46,4 Proz., die auf dem Landwege gekommen oder gegangen sind. Also die 70 Proz. Seeverkehr sind unter allen Umständen viel zu hoch gegriffen, selbst wenn man annähme, von den mit der Eisenbahn und vom Ausland beförderten Waren könne noch ein Teil freidenweise den Seeweg benutzt haben.

Aber die ganze Art der Berechnung ist an sich unsinnig, wenn unter dem durch die Flotte zu schützenden Seehandel jedes Schiff einbezogen ist, das Waren etwa von Danzig nach Neval bringt. Der Seeverkehr, den die Flottenagitatoren höchstens geltend machen könnten, kann sich nämlich nur auf den Verkehr mit „wilden“ Nebenseeländern beziehen. Glaubt man, daß etwa England ein Interesse hat, sich selbst Einfuhr oder Ausfuhr zu bloßfieren, oder seine Kolonien oder die Vereinigten Staaten? Das ist ein so toltes Gebante, daß ihn selbst eine Tirpitzsche Denkschrift nicht zu äußern wagen würde. England ist allein mit 18,5 Proz. an unserer Ausfuhr, und mit 13,6 Proz. an unserer Einfuhr beteiligt. Alle unsere europäischen Länder zusammengekommen sind nur mit 28,2 Proz. an dem Gesamtwert des deutschen Handels beteiligt. Von diesen 28,2 Proz. gehen jedoch noch ab die Länder, mit denen unser Handel nicht geschützt werden braucht und auch gar nicht geschützt werden kann.

Vereinigte Staaten mit	12,2 Proz.
Britisch-Indien	2,9 „
Argentinien	1,7 „
Brasilien	1,7 „
Britisch-Australien	1,1 „
10,9 Proz.	

Hierzu kommen noch einige andre englische Kolonien, so daß von den 70 Proz. der Herren Tirpitz und Nagel allerhöchstens 8 Proz. übrig bleiben. Zu fügen wäre mit unrer Willkürschleife z. B. unser teures Deutsch-Ostafrika, das an dem deutschen Außenhandel beteiligt ist mit der Riesensumme von — — — 0,0 Proz., und ähnliche interessante Gegenden mehr.

Ein Mann, der wissenschaftlichen Kredit beansprucht, redet die ungeheuerlichen 70 Prozent unbefehlig einer tendenziösen und plumpen Denkschrift nach. Wir zweifeln nicht, daß bei der nächsten Flottenvorlage, die eine Vervierfachung der Marine fordern dürfte, Herr Prof. Nagel den Anteil des Seeverkehrs am deutschen Handel auf — sagen wir — 150 Prozent „schätzt“.

Der Flottenauslaß des „Berl. Tageblatt“ hatte die Unübersichtlichkeit gewagt, den Genossen Schippel des umgekehrten Hahnischen Verfahrens zu beschuldigen: er habe trotz seiner aufscheinenden Plotteneigenschaft die Flotte von hinten herum verteidigen wollen.

Da das „Berl. Tagebl.“ sich abermals damit begnügt, darauf hinzuweisen, daß Schippel — unter Anführung eines Engels-Citats — darlegte, warum die Bourgeoisie an der Flotte interessiert sei, ohne die schmerzhaften Prinzipien Darlegungen gegen den Marxismus auch nur mit einem Worte wiederzugeben, so befähigen wir gern, daß Santus hinsichtlich seiner Fälschungen und Verleumdungen eine Hartnäckigkeit beweist, deren konsequenter Energie man die Anerkennung nicht verweigern kann.

Wenn schließlich das „P. Z.“ den Versuch macht, aus theoretischen Meinungen Schippels über die Witz seine Freundschaft für die Flottenvorlage zu schließen, so ist das zu dumm, als daß es sich verlohnte, auf diesen Meinungsstreid des Ertrappten einzugehen.

Der Flottenagitor Herr Korbach teilt uns mit, daß er nicht Hilfsarbeiter bei der Berliner Amendendirection sei, sondern „ausgestellter und pensionsberechtigter Gemeindebeamter“. Auch habe er bei der Einreichung des Gesuchs um Urlaub für Flottenagitation sein Gehalt für Besoldung eines Vertreters zur Verfügung gestellt. Trotz alledem hat der Berliner Magistrat den Lieutenant a. D. und Gemeindebeamten nicht in den Flottenlampf ziehen lassen. Nach dem unglücklichen Ausreten des Herrn in einer Berliner Versammlung wollte offenbar der Magistrat der Flottenjache einen so üblen Dienst nicht erweisen.

Contrafantenhandlungen finden statt, um die lex Heinze durchzusetzen. An einer am Montag abgehaltenen Konferenz zu diesem Zwecke nahmen teil zur Vertretung des Regierungshandlungs Staatssekretär Niederberg, aus dem Reichstage für die Konservativen Dr. Dertel, für die Deutsche Reichspartei Dr. Stodmann, für die Nationalliberalen Dr. Eich, für das Centrum Körner.

Eine Schul-Interpellation. Die Nationalliberalen und Konservativen haben im Abgeordnetenhaus eine Interpellation ein-

gebracht: „Welche Maßregeln gedenkt die Staatsregierung zur Vermeidung der immer schwerer empfundenen Mißstände und Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Unterhaltung der Volksschulen zu ergreifen?“ Man darf neugierig sein, was von den Herrn Interpellanten als Mißstand und Ungerechtigkeit auf dem Gebiet des Schulwesens beantragt wird. Bekanntlich haben die beiden interpellierenden Parteien sich stets gegen eine wirkliche Reform des Volksschulwesens gesträubt.

Verkehrsförderung in — Afrika. Die Konservativen lehnen den Rhein-Oberrhein-Kanal ab, um ungefähr die gleiche Summe für Eisenbahnbauten in Afrika zu bewilligen. Mit Recht hebt die „Beierzeitung“ gleich und den Hohn dieser Haltung untrer Agrarier hervor.

„Zielbewußte“ Wissenschaft.

Wir haben schon erwähnt, daß in Jena ein Preisaus schreiben erlassen worden ist über das Thema:

„Was lernen wir aus den Prinzipien der Descendenztheorie in Beziehung auf die innerpolitische Entwicklung und Gesetzgebung der Staaten?“ Ein Ungenannter hat für die zu verteilende Preise die Summe von 30 000 M. ausgesetzt.

Das wäre an sich ein rühmliches Unternehmen. Wenn nur nicht die „Verkünderinnen“ zu dem Preisaus schreiben, die wir den „Socialistischen Monatsheften“ entnehmen, zeigten, daß es sich um nichts weniger als um einen wissenschaftlichen Versuch handelte. In diesen „Erörterungen“ heißt es z. B.:

„Im Volke als Ganzem können sich Aenderungen der Anschauungen und Sitten nur langsam vollziehen, denn die überlieferten Anschauungen sind der jeweiligen Generation fest eingepflanzt. . . . Die jeweilige Gesetzgebung des Volkes ist das Produkt der Tradition allhergebrachter Normen und der Anpassung an die momentanen Daseinsbedingungen und die daraus entstehenden Anschauungen. . . . Da die Grundbedingung einer gesunden und rationellen Weiterentwicklung in der gründlichen Kenntnis und gewissenhaften Befolgung überlieferter Gesetze und Institutionen zu suchen ist, so kann auch von einer ferneren rationalen Entwicklung der Institutionen auf Grund der Anpassung nur dann die Rede sein, wenn der Geist der bestehenden Institutionen sozusagen in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen ist. Soweit dies nicht der Fall ist, kann eine verjüngte Weiterbildung der Gesetzgebung nur illusorischen Wert haben (einmal selbstbaren Fortschritt bedeuten). Eine langsame stetige Entwicklung der Gesetze und Institutionen, welche mit der Aufnahmefähigkeit des Volkes Schritt hält, trägt demnach am meisten zum gesunden Fortschritt des Volkes bei. . . . Am Schluß wären die Tendenzen der politischen Richtungen in Deutschland zu beleuchten (von den Umwälzungsbewegungen einerseits bis zur Stagnation und dem Rückschritt andererseits).“

Das heißt mit andern Worten: die kleinste Richtung untrer Politik, der Nationalliberalismus soll für 30 000 Mark als — Naturnotwendigkeit bewiesen werden.

Diese Wissenschaft mit vorausbestimmtem Ergebnis steht ganz auf der Höhe untrer Kathedromarimids.

Niederlegung der Finanzen. Der „Nölnischen Volkszeitung“ wird geschrieben:

Während die Börsejobber aus der Einbringung der Flottenvorlage und aus dem Ergebnis der ersten Lesung derselben im deutschen Reichstag gaudieren die Verechtigung ableiten zu dürfen, die ohnehin schon so sehr hoch im Preise stehenden Eisenaktien noch weiter zu treiben, da die Vergrößerung der deutschen Flotte den deutschen Eisenwerken auf Jahre hinaus lohnende Beschäftigung sichere, sind die deutschen Staatspapiere, insbesondere Deutsche Reichsanleihe und Preußische Staatsanleihe, in den letzten Tagen erheblich im Preise zurückgegangen, weil die Börse annimmt, daß zur Deckung der Kosten der Vergrößerung der Flotte ungeheure Beträge Deutscher Reichsanleihe werden begeben werden müssen, welche auf den Verstand der ohnehin in den letzten Jahren so sehr vernachlässigten Papiere dieser Art einen recht empfindlichen Druck ausüben würden müssen. Diese sehr unwillkommene Wirkung der Flottenvorlage, ehe sie auch nur angenommen ist, dürfte für die kühl erwogenden Vorteile des Reichstags ein Grund mehr sein, die Deckung der Kosten auf keinen Fall durch die Begebung neuer Anleihen zu besorgen. Durch eine solche würde der deutsche Staatskredit, besonders im Auslande, wesentlich beeinträchtigt, und viele solide Geldleute und Sparer würden benachteiligt und den deutschen Anlagpapieren noch abgeneigter gemacht werden, als sie es ohnehin schon sind.

Man versteht unter solchen Umständen sehr gut, warum die preussische Finanzverwaltung aus dem Hinterhalt kalte Wasserstrahlen gegen die überhitzte Weltpolitik richtet.

Die Kommunalwahl-Verflechtung. Schatz äußert sich die katholische „Nöln. Volksztg.“ über den Entwurf Rhein-

haben: „Wir glauben nicht, daß das Centrum ein Interesse an dem Zustandekommen dieses Gesetzes haben kann. Was speziell die rheinische Centumpartei anlangt, so muß sie die Vorlage als eine geschehene Vergewaltigung empfinden. Dieser Entwurf ist den rheinischen Nationalliberalen geradezu auf den Leib geschneitten. Wenn Herr v. Rheinbaben zum Kommisarius für die Wahrung der Wahlinteressen der rheinischen Nationalliberalen bestellt worden wäre, so hätte er seine Sache kaum besser machen können. Die Begründung liest sich wie ein Leitartikel der „Nölnischen Zeitung“. Von den drei Entwürfen, die bisher dem Landtag gemacht worden sind, ist dieser weit aus der sich Leichte. Es kann für die innerpolitische Lage in Preußen nichts Charakteristischeres geben, als daß man mit einer solchen Arbeit hervortritt.“

Aus Thüringen, 17. Februar. Der Landrat in Arnstadt hat die Requisition von Gehart Hauptmanns „Vor Souveränität“ durch den Schauspieler Wallotte aus Eintrag verboten, weil es diesem weniger ein künstlerisches Interesse, als darum zu thun sei, der socialdemokratischen Propaganda zu dienen. Da ein höheres Interesse der Kunst vermeint werde, sei für den Vortrag die Verbringung eines Wandergewerbetheaters notwendig. Und da ein solcher nicht vorgelegt worden sei, werde der Vortrag verboten. Aus gleichen Gründen ist vor zwei Jahren die Requisition der „Weber“ verboten und das Verbot in der beschwerde-Justiz von dem Ministerium in Sondershausen bestätigt worden.

Die Sicherstellung der Bauforderungen bildet ein Problem, an dessen Lösung die Gesetzgebung im Reiche und in Preußen seit Jahren arbeitet, ohne von der Stelle zu kommen. Schon vor länger als drei Jahren sind Gesetzentwürfe, betreffend die Sicherung der Bauforderungen und ein besonderes Ausführungsgesetz für Preußen veröffentlicht worden. Infolge der Veröffentlichung dieser Entwürfe hat sich eine allgemeine Kritik dieser gesetzgeberischen Pläne geltend gemacht. Insbesondere bezogen sich die kritischen Bedenken auf die in dem Entwurf hervorgetretenen Mängel der Sicherstellung der Forderung von Lieferanten und von Bauforderungen Dritter, die nicht mit dem Eigentümer oder für dessen Rechnung eine Vergütung vereinbart hatten. Diese Bedenken sind nun von der mit der Ausarbeitung jener ursprünglichen Gesetzentwürfe betrauten Ministerial-Kommission geprüft worden, und die betreffende Kommission soll gegenwärtig, nach einer offiziellen Mitteilung, in Beratung darüber eingetreten sein, ob und inwiefern neue, auf die Sicherstellung jener Bauforderungen bezügliche Vorschläge dem preussischen Staatsministerium unterbreitet werden könnten. Wenn der Schneidengang dieser Kommission unverändert wie bisher bleibt, dann dürfte noch mindestens ein Jahrzehnt bis zur Lösung der Aufgabe vergehen.

Von den Sicherheitszuständen in China. Die gefähr-

liche, veranlaßt, einen Teil der deutschen Schutztruppe zu entsenden. Die neueste hier aus Shanghai eingegangene Nummer des „Ostaf. Lloyd“ vom 12. Januar läßt sich über die Lage in Shantung wie folgt aus:

„Aus dem Innern der Provinz kommen neuerdings wieder Nachrichten von neuen Unruhen. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß es vor allem die „Gesellschaft vom Großen Meißer“ und andre Banden sind, die das Land brennend und mordend durchziehen. Sie haben in den letzten Monaten fast ausschließlich christliche Christen und deren Freunde überfallen. Es ist daraus verständlich der Schluß gezogen worden, daß die fremdenföndlichen Elemente im chinesischen Volke nach den Erfahrungen, die sie nach der Ermordung der deutschen Missionare Meß und Heule gemacht haben, ihre Politik infolgedessen geändert haben, als sie sich nicht mehr zu Gewaltthaten gegen die Ausländer selbst hinreichend lassen, sondern sich ausschließlich gegen deren chinesische Anhänger und Freunde wenden, um indirekt jene dazu zu bringen, von einer weiteren Tätigkeit in der Provinz Shantung abzusehen.“

Ausland.

Die christlichen Leute.

Wir berichteten kürzlich von den tumultuarischen Szenen, die sich in der belgischen Deputiertenkammer ereigneten, in deren Verlauf Demblon, der socialistische Deputierte mit einem liberalen Abgeordneten ins Handgezwänge geriet.

In seiner Sitzung wurde über die Entzerrung des Privilegs der sogenannten „Nationalbank“ verhandelt. Diese Bank ist ein vom Staat privilegiertes, aber von Privaten geführtes Unternehmen. Die Socialisten traten schon immer ein für die Aufhebung des Privilegs und Umwandlung dieses Instituts in eine Staatsbank; die konservativ-liberale Mehrheit des Parlaments widersteht sich dem. Drei Jahre hätte die Entzerrung des Privilegs noch Zeit gehabt, die Liberalen haben aber große Eile, weil sie fürchten, bei den Wahlen im Mai eine arge Schlappe zu erleiden. Sie wollen deshalb schleunigst die Konzession der Bank nominalis auf eine Reihe von Jahren durchsetzen, und brachten einen dementsprechenden Antrag ein. Die Verhandlungen wurden in äußerst gereiztem Ton geführt; von socialistischer Seite griff namentlich Demblon ein.

Die sehr recht Demblon hatte, als er den Liberalen zu tief, daß sie die Interessen der Großfinanz vertritt, geht aus einer Veröffentlichung des „Peuple“ hervor. Dort wird nachgewiesen, daß schon seit 1850 die Herren Geseggeber der Reichstagsparteien an dem Institut interessiert waren. So sind die Herren Lech und Pirmez, die beide als Referenten über den Gesetzentwurf betreffend das Bankprivileg auftraten, als „Generalgouverneure“ der Bank gefordert; sie bezogen als solche ein Einkommen von 40 000 bzw. 70 000 Fr. Weiter werden zwei ehemalige Minister, zwei frühere Deputierte und einige Senatoren als oberste Beamte der Bank, die bis zu 40 000 Fr. vereinbarten, aufgeführt. Aber auch gegenwärtige Minister und Deputierte entpuppen sich als direkte Interessenten, sei es, daß ihre Brüder hochdotierte Beamte innehaben, sei es, daß sie selbst als Aufsichtsräte, Controlleure u. d. bei dem Institut oder dessen Filialen „thätig“ sind.

So erklärt sich dann das warme Eintreten der Liberalen Mehrheit für die Bank auf recht einfache Weise.

Italien.

Rom, 10. Februar. Deputiertenkammer. Auf eine Anfrage des Großen Raths, welche Haltung die Regierung gegenüber der fortwährend wachsenden Thätigkeit der **liberalen antimonarchischen Partei** einzunehmen gedenke, erklärt Justiz- und Kultusminister Bonasi, er gebe zu, daß die Angelegenheit einige Bedeutung habe. Die Regierung werde der liberalen Partei und speziell denjenigen Urtheilen, welche vom Staate Gehalt beziehen, dancend ihre Aufmerksamkeit zu; sie mache einen Unterschied zwischen Katholiken und Liberalen, welche letzteren eine politische Partei darstellen. Er glaube nicht, daß Sondergesetze notwendig seien, da die bestehenden Gesetze genügen. Diese würden im Notfall mit Nachdruck und in unparteiischer Weise angewendet werden. Der Minister erklärt weiter, er werde niemals einen Vergleich eingehen, welcher das Ansehen des Staats schädigen könnte, edensowenig könne er sich aber damit einverstanden erklären, daß man sich ohne zwingenden Grund bitter bekämpfe.

Von der verbotenen Giordano Bruno-Feier. Offiziös wird in Rom erklärt: Das Verbot der Kundgebungen zur Ehrung Giordano Brunos bedeute keineswegs ein Jugendsündens an den Alerisialisimus. Die Feier des Jubeljahres gehört zu den normalen Festen des katholischen Aultus, müßte also vor Störungen geschützt werden, die durch antikerale Kundgebungen leicht herbeigeführt werden könnten. Die italienische Regierung würde ebenso einschreiten, wenn die Alerisalen eine patriotische oder liberale Erinnerungsfest zu fördern unternehmen.

Diese Verteidigung der reaktionären Maßregel verrät sehr zart, aber sehr radikal gestimmte Empfindungen der italienischen Regierung. In der Abhaltung dieser Erinnerungsfest für den durch die Alerisale verbrannten Forscher sieht sie eine Störung des katholischen Aultus.

Um ein Justizverbrechen handelte es sich in einem Prozeß gegen sechs Socialisten und Republikaner, der dieser Tage vor dem Kaiserlichen Schwurgericht zur Verhandlung kam. Die Angeklagten waren nach der famosen Mailänder „Mai-Revolution“ ins Ausland geflohen, weil sie erfahren hatten, daß sie verhaftet werden sollten, obwohl sie sich frei von Schuld fühlten. Sie wurden dann von den Kriegsgerichten im Kontumazverfahren zu Justizhaus verurteilt; die Strafen waren durchweg von unerhörter Härte — die geringste Strafe war 12 Jahre Justizhaus. Nach der Amnestie stellten sich die Verurteilten freiwillig, und der Prozeß mußte, nach italienischem Recht, von neuem stattfinden. Die Beschuldigungen waren ausschließlich Politische und Politisipitel. Die Angeklagten wiesen energisch die gegen sie erhobenen Beschuldigungen zurück und bewiesen, daß sie weder direkt noch indirekt an den Aufstörungen teilgenommen haben. Als einziges Belastungsmaterial legten die Vertreter der heiligen Hermandad von den Angeklagten verfaßte Zeitungsartikel vor, die angeblich umstürzlerischer Natur sein sollten. Aber selbst der Staatsanwalt, der doch gewiß einen feinst ausgebildeten Spürsinn hat, konnte in diesen Artikeln nichts Umstürzlerisches entdecken und ließ die Anklage, die auf tönernen Füßen ruhte, fallen, worauf die Geschworenen ein freisprechendes Verdikt fällten. Das schwere „Verbrechen“, das das Kriegsgericht mit zwölf Jahren Justizhaus ahnden zu müssen glaubte, ist also in den Augen des bürgerlichen Gerichts überhaupt kein Verbrechen! Die Wege der Justiz sind oft wunderbar.

Frankreich.

Vor dem Pariser Staatsgerichtshof begann am Montag die Verhandlung gegen Marcel Habert. Es herrschte nur geringer Andrang. Nur diejenigen Senatoren, welche an dem ersten Prozeß teilgenommen hatten, sind zugegen, als der Angeklagte hereingeführt wird.

Die Gruppe der Radikal-Socialisten hat beschloffen, eine Delegation zum Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau zu entsenden, um bei diesem gegen die ungenügenden Maßregeln zur Verteidigung der Republik gegenüber dem Aleris Emspruch zu erheben.

Zur Spionage-Affaire. Der Disciplinarrat des Marine-Ministeriums forderte den Beamten des Marine-Ministeriums, Phippy, dessen Nachenschaften der „Intransigent“ enthüllt hat, auf, innerhalb einer bestimmten Frist zu seiner Rechtfertigung zu erscheinen.

Eine Note der englischen Vorkost stellt in aller Form in Abrede, daß irgendwelche Beziehungen zwischen der Vorkost und einem Beamten des französischen Marine-Ministeriums bestanden hätten.

England.

London, 19. Februar. Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien Lord Hamilton erklärt, daß von verschiedenen Seiten Nachrichten eingegangen seien, die auf eine Vermehrung der Zahl der russischen Truppen in Zentral-Asien hindeuten. Die Beziehungen der indischen Regierung zum Emir von Afghanistan seien solche, welche den Bestimmungen der Abmachung Englands mit Afghanistan entsprechen, und hätten keine Veränderung erfahren.

Rußland.

Zur Auffälligkeit Hinnlands wird der „Wostokische Zeitung“ unter dem 14. Februar aus Petersburg geschrieben: Den Hinnländern ist abermals vom Thron aus gedroht worden, indem der Kaiser an den Generalgouverneur Borsikow ein Schreiben gerichtet hat, worin er diesem unter Berufung auf die Zunahme der russischen Bevölkerung herrschende und bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtags in den Reden der Sprecher zum Ausdruck gekommene Stimmung entschieden kritischen Empfinden empficht. Da Borsikow schon jetzt in Hinnland mit einer bisher nicht gekannten Strenge seines Amtes walte, haben die Hinnländer allen Grund, in Zukunft das schärfste von ihrem Generalgouverneur zu erwarten, und die bestehenden Gesetze Hinnlands werden künftig kein Hindernis für dessen Willkür bilden. Das vom Kaiser geforderte entschiedene Auftreten ist bereits zu spät, denn obgleich die Censur in Hinnland einige Wäppter verboten hat und aus hundert von Zeitungsmannschaften beanstandete Artikel und Notizen entfernt ist, ist die Censur doch noch dem Generalgouverneur viel zu milde, und sie wurde daher von ihm angefordert, besser anzupassen, damit nicht Artikel durchgehen, die dem Lande schädlich seien. Als im vorigen Jahr um diese Zeit das kaiserliche Manifest erschien, das dem finnischen Landtag die Gesetzgebung, soweit sie Angelegenheiten von Reichsinteresse betrifft, abnimmt, ihm hierüber nur eine Meinungsäußerung gestattet und im übrigen bloß Gegenstände von rein lokaler Bedeutung verläßt, beschwor dies in Hinnland einen Sturm des Unwillens heraus. Infolge dessen bedrückte der Kaiser seine tiefe Gerechtigkeit darüber, daß die Hinnländer glauben konnten, er wolle sein betreffs der Erhaltung der finnischen Rechte und Gesetze gegebenes Wort brechen. Trotzdem ist aber nichts geschehen, was die Hinnländer beruhigen könnte, im Gegenteil soll jetzt der Generalgouverneur „energisch auftreten“.

Petersburg, 19. Februar. Die die „Nowoje Wremja“ aus Moskau veröffentlicht hat die Verwaltung der sibirischen Sibir eine regelmäßige Mandate über die Verbindung zwischen Wladiwostok und Port Arthur eingerichtet.

Eine Zuschrift.

Sendet uns Dr. Conrad Schmidt: Der Ton, in welchem der Leitartikel „Professoren Schwellmann“ (Freitag, den 16. Februar) über den Breslauer Professor Sombart herzieht, wird den Teil der „Vorwärts“-Leser, der Sombarts Vorträge „Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert“ aus eigener Lesart kennt, nicht wenig verwundert haben. Die kleine Schrift war in der theoretisch vertiefenden und plastisch darstellenden Art, in der sie das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Marxismus entwickelt, das Wesentliche und das Wesentlich-Jüngliche innerhalb des Marxismus zu scheiden suchte, eine äußerst interessante und fruchtbare Arbeit. Dabei von erfrischender Ehrlichkeit, offen und klar in ihrer Sympathie für den Altsocialismus des modernen Proletariats, ein weit in bürgerliche Kreise hinein wirkendes Werk der Aufklärung, das von der Partei mit Freude und Begeisterung begrüßt werden konnte.

Was soll es nun heißen, wenn dieser Mann bloß darum, weil er für den — mit vollem Recht von uns bekämpften — Flottenplan eingetreten ist, als jammervoller Wetterfahne in unsrer Presse abgefangelt wird, wenn man seinem Verhalten nun auf einmal die heillosen Motive unterstellt? Denn von irgend welchem dieser Vorwürfe begründenden Nachweis ist doch gar nicht die Rede! Darum, daß der in dem Leitartikel angelegte Vorwurf der ersten Auflage in der neuen, geschwunden worden ist, daraus läßt sich denn doch beim besten Willen ein solcher Strich nicht ziehen! Ich verstehe nicht, wie man einen Widerspruch zwischen Sombarts Eintreten für die Flotte (das auch wir natürlich bedauern) und jenem nach Beantwortung des Artikels jetzt arglistig und hinterhältig unterdrückten Vorwurfs herauskonstruieren will? Wo liegt denn Sombart in jenem Vorwurf, daß die Kulturgenossenschaft der Verbände kulturell gleichzeitiger Staaten „Westuropa“ ist jetzt — und um das geht es doch wohl bei solchen Dingen, wie Flottenvorläge u. s. w. — als „eine Nation“ gelten? Er sagt es nicht, und kann es vernünftiger Weise nicht sagen. Der ganze Vorwurf ist bloße Junktionskonstruktion und wird als solche — für jeden Kenner — bereits durch den ersten Satz des Citates eingeleitet: „Selbst dann, wenn in Westeuropa etwa sich die nationalen Gegensätze so weit gehoben denken ließen, daß nur die sozialen das Feld beherrschten, glaube ich, daß man doch niemals annehmen, daß diese westeuropäische Kultur unbedeutend ihren Gang weiter nehmen wird, ohne daß diese Elemente sich einmischen werden.“ Dann würde aber, später, zu dieser Perspektive wenden sich Sombart, der Augenblick kommen, wo die nationalen Gegensätze Westeuropas vor dem gemeinsamen Gegenstand westeuropäischer Kultur gegen rassistisch-ostialische Kultur zusammenzubringen würden. Ich verstehe wirklich nicht, worin die „fundamentale Wichtigkeit“ dieser hier angeprochenen Vermutung oder Überzeugung bestehen sollte? Für die Beurteilung der Gegenwartsprobleme, für die Stellungnahme zu den gegebenen Problemen, Flottenvorläge usw. ist sie doch jedenfalls recht sehr bedeutungslos.

Wenn Sombart diese Stelle nun in der neuen Ausgabe fortsetzt, so kann das natürlich verschiedene Gründe haben; vielleicht daß ihm jene Perspektive gegenwärtig so unklar und in so weite Zukunft hinaus gerückt erscheint, daß ein Eingehen auf dieselbe sich nicht lohne. Aber von allen möglichen Erklärungen erscheint mir der Leitartikel, daß Sombart sich durch jenen Vorwurf als Flottenschwärmer augenblicklich gewehrt gefühlt und ihn nun mit menschelwörderischer Feindschaft, hinter dem Rücken der Leser, aus der Reihe der Lebendigen habe wegstreichen wollen, als die gekünstelteste und absurdste. Die Gewaltthat, mit welcher diese Andeutungsart verfaßt, charakterisiert sich übrigens schon zur Genüge dadurch, daß der Leitartikel von zwei Seiten, in denen Sombart seinen alten Standpunkt — mit ohne Ausmalung jener Zukunftsperspektive — auch in der neuen Auflage markiert, schlaunweg erklärt, sie seien „aus Versehen nicht gestrichen“. Nicht genug also, daß Sombart läuschen wollte, ihm soll nun auch noch die Klarheit des Kopfes, die zur konsequenten Durchführung der Lärmung notwendig gewesen wäre, geküßt haben!

In solche Trügerien der Logik führt dieses Raisonnement hinein. Und auf solchem Material einer durchaus willkürlichen Deutung baut sich die ganze, den wissenschaftlichen und persönlichen Charakter des Mannes aufs schwerste vermindernde Auflage auf! Es sind Wäppter, die sich gegen den Kampfboden selbst kehren. Das ist, wie ich überzeugt bin, der Eindruck, den eine große Anzahl von Genossen bei dieser Anlage erhalten haben.

Wir erinnern hieran:

Genosse Dr. Schmidt beweist eine nicht geringe Güte des Herzens, indem er nicht abwartet, ob und woher von uns anregende Herr Professor sich verteidigen wird, sondern indem er die Verteidigung selbst versucht. Aber so anerkanntwert seine hilfreiche Absicht ist, so wenig können seine Ausführungen uns überzeugen, daß wir Herrn Sombart und seine Entwicklung zum Agitator für die welpolitische Flottenvorläge irig beurteilt hätten.

„Bloß darum“, weil Herr Sombart für den Flottenplan eintrat, hätten wir ihn abgefangelt, meint Genosse Schmidt. Allerdings, wenn Genosse Schmidt in dem Eintreten für eine Vorläge, die geboren ist aus dem Absolutismus, und bestimmt ist zur Vorbereitung eines Kulturvergiftens und machtlüsterne Welt-

herrschertums, etwas Nebenständliches sieht, so geht er in der Beurteilung des heutigen Sombart von einem dem unsrigen so entgegengesetzten Standpunkt aus, daß wir uns schwerlich mit ihm einigen werden. Bloß das bishigen Flottenvorläge! Hier handelt es sich aber nicht um eine Flottenvorläge, wie wir sie in Deutschland mehrere hatten, um einige Kriegsschiffe mehr oder weniger, sondern um die Jaugurierung einer völlig neuen auswärtigen Politik. Deutschland soll Seemacht ersten Ranges werden, damit es einflie, wie Graf Bülow sagte, bei der Neuankündigung des Erdballs dabei sein und im Widerspruch gegen England überseeische Anzweigungen betreiben könne. Wie ist in Deutschland eine militärische Vorläge gemacht worden, durch welche die Gegensätze zwischen den europäischen Kulturstaaten auch nur in entferntem Maße so verschärft wurden, wie durch die jegige Flottenvorläge. Jetzt soll Deutschland in schroffe Gegenstellung gegen den Staat gedrängt werden, mit welchem gute Beziehungen zu erhalten bisher gerade diejenigen gewünscht haben, die in England ein Vorbild freier Institutionen und einer legendreichen sozialen Entwicklung erblicken.

Da Herr Sombart im Wettstreit mit den Lebb v. Halle und v. Wendt dieser Politik der breiten Ausbreitung der Völkergesellschaft agitatorische Förderung zu teil werden läßt, so sollten wir meinen, müßte gerade ein so eifriger Vorkämpfer der Sombartschen Stellungnahme zur sozialen Frage wie Genosse Schmidt nun so eindringlicher das Verhalten des Professors in der Flottenfrage, das sein soziales Verhalten vollständig paralytisiert, verurteilen. Die alte hohe Bewertung, die Genosse Schmidt der Sombartschen Schrift über den „Sozialismus“ und die allzu geringe Bedeutung, die er seinem Auftreten in der Flottenagitation beimißt, verliert ihn dazu, die einzige beträchtliche Veränderung des alten Textes der Sombartschen Schrift als harmlos zu deuten, und läßt ihn unsre Auffassung nicht verstehen, daß diese Wendung nicht nur nicht harmlos sei, sondern sich sehr charakteristisch einfügt in die Wandlung des Herrn Professors aus einem Manne, der das Recht der Arbeiterklasse sich zu würdigen bemühte, zu einem Mann, der sich gegen die Arbeiterklasse stellt und in der Bewegung, die er einst als größte Kulturbewegung feierte, Zwietschacht zu säen unternimmt.

Genosse Schmidt meint, die Fortlassung der Stelle, welche die Gemeinsamkeit der Kulturinteressen Westeuropas anspricht, in der neuen Auflage, könne verschiedene Gründe haben; vielleicht habe es sich Herr Sombart nicht verlohnt, auf eine so unklare Perspektive nochmals einzugehen. Genosse Schmidt erweist mit dieser Vermutung seinem Schilling keinen guten Dienst, denn er laßt nicht ihm, daß er sich seine wissenschaftlichen Überzeugungen danach bilde, ob die Erfüllung einer Forderung näher oder fernere liege. Aber warum schiebt denn Herr Sombart gerade diese Stelle, da er doch in der Vorrede sagt, daß er den Text weisentlich gleichsam in die Welt schickte, obwohl sein Urteil sich seit der ersten Auflage so geändert habe, daß „ich doch heute manches anders fassen, an allem vieles veränderten und vertiefen“ würde? Warum, Genosse Schmidt, hat Herr Sombart seine Auffassung von der westeuropäischen Kulturgenossenschaft gegenüber zurückgelehnten und „ausgefallenen Völkern“ nicht „verändert und vertieft“? Warum zog er es vor, das Gedächtnis an diese Lehren zu derselben Zeit zu vernichten, wo ihm die Orientierung aufgegangen war, daß uns eine starke Flotte bitterer noch gegen dieselben Völker, mit denen uns nach dem Sombart von 1896 die westeuropäische Kultur zusammenführen sollte?

Genosse Schmidt meint, Herr Sombart habe ja 1896 bereits nur Hypothese von der Vereinigung der westeuropäischen Kultur gesprochen. Aber Herr Sombart sagt ausdrücklich: „Es wird meiner Überzeugung nach der Augenblick kommen, wo die gesamte europäische Gesellschaft sich löst.“ Jetzt sind alle untre (westeuropäischen) Gegensätze belanglos gegenüber dem, was uns von Freude droht.“ Genosse Schmidt scheint dann weiterhin anzunehmen, daß das, was Sombart für einen späteren Zeitpunkt anzeigt, nichts mit seiner Beurteilung der Gegenwartsprobleme zu thun habe. Wir hatten dagegen auch dem Professor Sombart zugemutet, daß er die Gegenwartsprobleme nach den Zielen ordne, deren Erfüllung er als notwendig und wünschenswert erkannt hat. Mindestens dürfte Herr Sombart niemals gemeint haben, daß die Zukunft der westeuropäischen Kulturgenossenschaft dadurch angebahnt werden könne, daß die westeuropäischen Völker durch immer gewaltigere Kriegsvorbereitungen gegenwartsprobleme gegen einander aufgebracht werden.

Genosse Schmidt ist besonders unwillig, daß wir Herrn Sombart gar noch Ungeheiß bei seinem Verwünschungsversuch nachsagten. In dem stehen gebliebenen Satz habe Sombart seinen alten Standpunkt markiert, nur ohne die Zukunftsperspektive. Tatsächlich aber ist der stehen gebliebenen Satz ohne den angefallenen Abschnitt überhaupt unverständlich und paßt nicht zu den vorstehenden Ausführungen. Selbst der Satz am Anfang des Satzes — das eingefügte „aber“ ist gänzlich sinnlos — deutet auf die Hoff der Streichung.

Die naive Auffassung des Genossen Schmidt über die Schnellmanier des Herrn Sombart ist auch nicht erschüttert worden durch die für minder mildberrige Gemüter recht auffällige Stelle in der Vorrede der dritten Auflage: „Die Fassung (der Schrift) muß einwurzeln so stark bleiben, wie sie war.“ Wir Misstrauenden — Misstrauen soll eine demokratische Tugend sein — würden uns nicht wundern, wenn diese Worte sich nach kurzen Jahren als Ankündigung einer dann offenbar werdenden Schnellmanier auch des sozialen Sombart herausstellen würden.

Wenn endlich Genosse Schmidt meint, wir hätten Herrn Professor Sombart „heillosen Motive“ unterstellt, so irrt er. Das ist uns nicht eingefallen. Wir haben nur festgestellt, daß die Wissenschaft des Herrn Sombart, gleich wie die zahlreicher seiner Marinekollegen, so ungenügend fundamantiert und so zusammenhanglos aufgebaut ist, daß jede Lüge der Tagespolitik sich einfließen läßt.

Das deutsche Proletariat hat zu selten die Freude, gerechte Beurteilung und ehrliche Sympathie bei bürgerlichen Männern der Wissenschaft zu finden, als daß wir ohne zwingende Not einen Vertreter der Wissenschaft angreifen wollten. Die Zukunft wird jedoch zeigen, daß unsre Beurteilung der Handlungsfähigkeiten des Breslauer Flottenprofessors eine nur allzu richtige war.

Der Streit der Bergarbeiter.

Der Stand des Streits in Böhmen ist völlig unverändert, das müßten auch die offiziellen Nachrichten zugeben, so sehr sie sich bemühen, insbesondere im Norden Böhmens eine „Besserung“ vorzuspiegeln, indem sie jeden einzelnen Streikbrecher jabelnd registrieren. Ginzagen scheint die Regierung eine neue Taktik eingeschlagen zu haben. Es kann nicht Zufall sein, daß plötzlich gefesselt und heute zu gleicher Zeit die Bergbeamten aller Streikreviere Anfälle von Pädagogik belamen und anfangen, in Wort und Schrift die Arbeiter zu Streikbrechern erziehen zu wollen. Es ist ja gewiß ein sehr wichtiges und interessantes Symptom, daß die Ostrau-Karwiner Gewerkschaft ihre Angelegenheiten aufrechtzuerhalten, obwohl die von ihnen geforderte Frist seit Dienstag verstrichen ist. Nur Maßregelungen behalten sie sich vor, wie ihre Organe „Neue Freie Presse“ und „Neues Wien. Tagbl.“ hervorzuheben sich bemühen. Sie drohen mit „Entlassungen“. Nun, vorläufig sind die Herren Gewerkschaften die Entlassenen, und es sieht nicht aus, als sollte sich ihre Lage so bald ändern. Sehr sonderbar berührt es aber, daß die Bergbehörden, die niemals mehr als heute das Bedürfnis haben müßten, den Arbeitern als unparteiisch zu gelten, sich zur Werbearbeit hergeben und ihre Autorität aufs Spiel setzen, um den Gewerkschaften ein paar charakterlose Streikbrecher zuzuführen.

In den letzten Wochen sind vom Auslande für die Streikenden bedeutende Unterstützungsbeträge eingelaufen. Von Deutschland sind 12 000 M. gerufen und die Generalkommission im Verein mit den Hamburger Gewerkschaften hat beschlossen 15 000 M. für die Ausständigen abzugeben.

In Sachsen weist der Streit keine Veränderung auf, die Behörde verliert nur mit äußerster Strenge das Versammlungsverbot und sonstige polizeiliche Verordnungen, die den Zusammenhalt der Ausständigen unterbinden könnten, durchzuführen. Abzu große Schädigung

darf man trotzdem von diesen Maßnahmen nicht erwarten, denn die Arbeiterbewegung führt nun schon jahrelang den Kampf mit dem kaiserlichen Schlimm der „Arbeiterfreundlichkeit“, ohne daß sie an Einfluß verloren hat, noch entmutigt von ihren Aufgaben zurückgetreten wäre. Die Maßnahmen selbst werden unsrer Partei, im Bemühen politische Unterstützung zu verbreiten, recht treffliche Dienste leisten.

Im Bezirk Zeitz-Weiskensfeld und in den Halleischen Bezirken fanden am Samstag und Sonntag sieben Versammlungen statt, in denen das weitere Verhalten der Bergarbeiter geregelt werden sollte. Die Grubenverwaltungen hatten in der Woche selbst eine Versammlung abgehalten, in der sie Befehle gaben, die Unterzeichner der Forderungen (die Hauptvertrauensleute der Bezirke) nicht als berechtigte Vertreter der Bergschaften anzuerkennen. Dagegen betonten sie die Bereitwilligkeit, mit ihren Bergschaften selbst über die eventuellen Forderungen zu verhandeln. Leider hatten die Bergleute in der Mehrzahl verläumt, am Samstag nach der Antwort sich zu erkundigen, trotzdem die Verhandlung ihnen im „Vollblatt“ das ungeraten hatte, und so hatte man in den Versammlungen selbst nicht das richtige Resultat. Die Bergleute befürchteten gemäßigt zu werden, falls sie vorstellig würden und aus diesem Grunde hatten sie die Nachfrage verabfolgt. Im Halleischen Bezirk hat die Antwort der Verwaltungen, die Unterzeichner der Forderungen als berechtigte Vertreter der Bergleute nicht anzuerkennen, großen Unwillen hervorgerufen, und so ist dort die Stimmung für den Streit in erhöhterem Maße vorhanden. Anders im Zeitzer Bezirk. In der Versammlung in der Freiburg bei Zeitz, in der Genosse Leopold-Geis über den „Miesener Streik in Böhmen“ und über die Forderungen der hiesigen Bergleute referierte, nahm der Obersteiger Zimmermann von der Grube „Gottlob“ Bescheid das Wort, und wies darauf hin, daß ihm von seiner Behörde die Nachricht zugekommen sei, daß sie mit der Belegung der Grube verhandeln wolle, nur sollte diese selbst vorstellig werden. Der Obersteiger gab sein Ehrenwort ab, daß niemand gemäßigter würde. Gleichzeitig sagte er hinzu, daß ihm bekannt sei, daß auch die übrigen Verwaltungen in derselben Weise verfahren wollten. In dieser Versammlung, die von ca. 200 Personen besucht war und die für vier Gruben in Betracht kam, wurde dem auch beschlossen, am Montag Kommissionen der einzelnen Bergschaften zu bestimmen, die am Montag gleich bei der Anfrage nach Beantwortung der Forderungen stellen sollen. Erst nach Anfall dieser Beantwortung will man dann weiter vorgehen. Derselben Verlauf hatte am Abend eine Versammlung in Zeitz, die von 250 Personen besucht war und in der acht Grubenvertreter waren. Hier war es der Inspektor der Zeitzer Parafin- und Solarölfabrik, „Wilsenroth“, der dieselben Erklärungen abgab, wie Obersteiger Zimmermann. Hier wurde gleich eine Versammlung für Mittwochabend beschlossen, in der weitere Maßnahmen getroffen werden sollen. Eine Versammlung in Zeitz beschloß an den Forderungen festzuhalten, hier war nach keine Rücksicht eingegangen, daß die Verwaltungen zur Verhandlung bereit seien. Eine weitere Versammlung in Unterweiskensfeld, in der Professor Bernberg referierte, und die von 400 Bergleuten besucht war, beschloß ebenfalls, eine abwartende Stellung einzunehmen. Im Neuselwitzer Bezirk kam ebenfalls eine Versammlung statt, die nach langer und lebhafter Debatte beschloß, zwar an den Forderungen festzuhalten, sich sonst aber den Befehlen des Zeitzer Bezirkes anzuschließen. Am Montagabend findet hier eine weitere Versammlung statt.

Es ist anzunehmen, daß somit der Kaufhand in den hiesigen Bezirken — bis auf Halle — verniedert wird, wenn die Verwaltungen an ihren Versprechungen, zu verhandeln, festhalten. Sie werden sich des Schadens erinnern, den sie 1897 durch die Einstellung der Arbeit hatten und so dafür sorgen, daß der Streit verniedert wird, der für beide Teile läßliche Folgen haben kann. Die Bergarbeiter sind bei aller freizwilliger Lust für einen friedlichen Ausgleich zu haben, möge ihre Vertrauen nicht getäuscht werden.

Aus Halle wird uns geschrieben: Die am Samstag und Sonntag in Halle und der Umgegend stattgehabten Versammlungen waren bis auf den letzten Platz besetzt. Als viel zu klein erwies sich der Saal, in welchem der Reichstags-Abgeordnete Genosse Thiele für den Bezirk Halle referierte. Was wir vorauslagten, ist eingetroffen. Es wurde einstimmig beschlossen, am Montag früh bezu, abend die Arbeit wiederzulegen. Der Vertreter eines Braunkohlen-Bureaus bemühte sich, den Bergarbeitern zu „beweisen“, daß die Bergwerks-Direktoren ein „sehr warmes Herz“ für die Bergleute hätten und forderte die Bergleute auf, daß sie es in letzter Stunde noch einmal veruchen möchten, sich persönlich an die Vorgesetzten zu wenden. Dieses Anstimmeln wurde aber mit Rücksicht auf die minimalen Forderungen der Bergarbeiter zurückgewiesen. Einstimmig war man aber der Meinung, wenn die Grubenbesitzer unterhandeln wollten, dann müßten sie sich an die von den Bergleuten eingesetzte Kommission wenden. Es ist im Revier Halle das erste Mal, daß die Bergleute in einen Streit eintreten.

Im Oßpeitzel von Halle arbeiteten am Montag von ca. 600 Bergleuten ungefähr 10. Die Grube „von der Hecht“ ruht vollständig. Vom Oßpeitzelungen - Nieboßchen Montanwerk ist noch kein Ergebnis zu verzeichnen. Jedoch wird der Streit hier größere Dimensionen annehmen.

Aus Bochum wird uns geschrieben: Recht schnell, schneller wie man vermuten konnte, haben unsre Grubenbarone auf die Forderungen der Bergleute, die erst am 14. Februar zur Veröffentlichung kamen, durch ihre „berufenen“ Organe, das Wostokische Telegraphenbureau, die „Acht. Welt“, „Zig.“ u. s. w. geantwortet, natürlich im ablehrenden Sinne, mit der Versicherung, daß die Forderungen nur offene Thüren einfließen. Danach ist im Ruhrrevier in bergbäuerlichen Verhältnissen alles aufs bestmögliche geordnet und die Arbeiter haben gar keinen Anlaß zu klagen. Trotzdem, daß die Bergarbeiter - Zeitungen in Rheinland - Westfalen in jeder Nummer ganz haarsträubende Mißstände auf den Felsen rügen, bequemt sich doch selten irgend einmal eine Rechenverwaltung eine geringe Abhilfe zu schaffen und glaubt, mit hochmütigen Still-schweigen den Beschwerdeführern die genügende Verachtung beweisen zu können. Auch hier bemühen sich die Behörden, noch ehe der Streit beginnt, gegen die Bewegung Front zu machen. In den Geschäftsräumen der Berg- und Hüttenarb. Zeit“ fand am Sonntagabend eine politische Hausung statt. Gejudt wurde nach dem Manuskript eines kleinen Flugblattes, welches dieser Tage im hiesigen Landkreise als Versammlungs-Einladung verbreitet worden war. Das Manuskript wurde nicht gefunden. Welchen strafbaren Inhalt das Flugblatt haben sollte, war uns unerfindlich.

Der Streit der Berliner Möbeltischler.

Eine Lohnbewegung der Möbeltischler ist am Sonntag beschlossen worden. Eine Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes, die am Sonntagvormittag tagte und von 600-700 Personen besucht war, erklärte sich mit folgenden Forderungen einverstanden:

24 Mark wöchentliche Abschlagszahlung für schwache Arbeiter und Erhöhung der Accordpreise, wenn dieser Lohn nicht verdient werden kann. Gleichmäßige Festsetzung der Accordpreise für die gleichen Artikel in allen Werkstätten. Die Maschinenarbeit ist vom Unternehmer zu liefern. Wo noch sonstige Mißstände, wie Holztragen u. dgl., bestehen, sind dieselben abzuschaffen.

Diese Forderungen sind, wo es noch nicht geschehen ist, am Montag den 19. d. M. dem Arbeitgeber vorzulegen, und wo sie nicht bewilligt werden, ist die Arbeit niederzulegen.

In der öffentlichen Versammlung, die am Sonntag nachmittag den Saal der Brauerei Friedrichshain bis auf den letzten Platz füllte, unterbreitete Glocke den Anwesenden vorstehende Beschlüsse der Vertrauensmänner und führte zur Begründung derselben aus: Es gelte, von den Vorteilen, die der Aufschwung der Industrie in den letzten Jahren den Unternehmern gebracht hat, auch den Arbeitern, die bisher keinen Teil daran hatten, etwas zuzulassen zu lassen. Die ausgefallenen Forderungen seien so nötig, daß jeder Arbeitgeber, wenn es ihm nicht an gutem Willen fehle, dieselben ohne Nachteil zu haben, bewilligen könne. Die Krisenverwaltung habe den Versuch gemacht, mit den Meistern wegen

der genannten Forderungen in Unterhandlung zu treten, und sich zu diesem Zweck, da die Innung noch nicht konstituiert sei, an die „Freie Vereinigung“ gewandt. Die gepflogenen Besprechungen hätten aber zu keinem Resultat geführt, da die Unternehmer nicht das geringste Entgegenkommen zeigten, und die Verhandlungen seien deshalb abgebrochen. Jetzt seien die Arbeiter gezwungen, den Kampf, den sie vermeiden wollten, aufzunehmen und nicht eher zu ruhen, als bis die gewöhnlich nicht übertriebenen Forderungen bewilligt sind. Es scheint, als ob die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung planen, jedoch sei hierüber nichts Gewisses bekannt. Sollten die Arbeitgeber diese Absicht wirklich ausführen, dann würden die Tischler alle unverheirateten Kollegen zur Abreise veranlassen, damit die Zurückbleibenden um so länger im Kampfe aushalten können, der unbedingt mit einem Siege der Arbeiter enden müsse. (Lebhafte Beifall.)

Die Versammlung sah von jeder Diskussion ab und nahm die Beschlüsse der Kommission einstimmig an.

Hierauf wurde noch mitgeteilt, daß die Maschinenarbeiter sich dem Streik der Tischler soweit anschließen, als es im Interesse der letzteren erforderlich ist. Auch die Möbelpolierer haben, wie Gutth bekannt gab, beschlossen, die Arbeit ruhen zu lassen, wo es den Tischlern angebracht erscheint, aber in den Werkstätten, wo ein Viertel der Polierer den Streik nicht mitmachen will, weiter zu arbeiten. Ein Vertreter der Hausdiener erkundete die Tischler, darauf zu achten, daß die in Tischlerien beschäftigten Hausdiener sich ihrer Organisation anschließen, denn bei der ausgedehnten Teilarbeit, die in manchen Betrieben herrscht, sei es möglich, daß in dieser Hinsicht die Hausdiener als Streikbrecher auftreten. Nachdem noch einige auf den Streik bezügliche Anfragen erledigt worden waren, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf das Gelingen der Lohnbewegung geschlossen.

In Kellers Saal fand zu derselben Zeit eine zweite öffentliche Versammlung statt. Saal und Gallerien waren überfüllt, und infolge polizeilicher Absperrung des Lokals fanden viele keinen Einlaß mehr. Nachdem der Referent Maß die aufgestellten Forderungen begründet hatte, entspann sich eine Diskussion, in der sämtliche Redner sich für die Lohnbewegung erklärten. Auch hier wurde der Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung einstimmig angenommen.

Am Freitag nahm eine Versammlung der Tischlermeister, die von 400 Personen besucht war, Stellung zu der Lohnbewegung der Gesellen. Allseitig wurden die Forderungen der Gesellen als unannehmbar bezeichnet und zu energischem Widerstande aufgefordert. Das alte Lied vom Untergang des Handwerks infolge der „durch nichts gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter, welches immer angestimmt wird, wenn die Arbeiter eine geringe Aufbesserung ihrer materiellen Lage fordern, wurde auch in dieser Versammlung wieder gesungen, selbst von solchen Meistern, die bei früheren Lohnbewegungen, als sie noch selbst Gesellen waren, in den vordersten Reihen der für Verrücktheit ihrer Lage kämpfenden Arbeiter standen. Am unverwundlichsten geberdeten sich die Größen der alten Tischlerinnung und die Scharfmacher der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“. Letztere suchten zugleich für ihre Organisation Propaganda zu machen durch Werbung neuer Mitglieder. Der einzige, welcher zur friedlichen Erledigung der Differenz mit den Arbeitern riet, war Herr Pege. Er vertrat die Ansicht, daß bei einigermaßen gutem Willen sich eine Verständigung mit den Arbeitern leicht werde herbeiführen lassen. Ihm traten die Scharfmacher heftig entgegen. Späthast war es, wie die Streiter der alten Innung und die Kampfhähne der halb verkrachten Genossenschaft, welche letztere in der alten Innung es verstanden hatten, jede Spur von Einigkeit zu verwischen, sich jetzt als Freiberger der Einigkeit geberdeten; „einig“, so riefen sie, „müßten die Meister sein, in der Abwehr der Forderungen der Gesellen“. Proklamieren die Gesellen partielle Streiks, so antworten wir mit Aussperrung der am Streik noch nicht Beteiligten! „Zwingen wir die Gesellen zum Generalstreik, drängen wir sie dahin, wozu wir sie haben wollen!“ So drohten die Auserwählten sich sehr kampflustig geberdenden Helden durch den Saal. Nach Schluß der Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der man sich verpflichtete, in dem Kampfe zur Abwehr der Forderungen der Gesellen fest zusammenzuhalten und in Einzelverhandlungen mit den Streikenden nicht einzutreten, sondern alles dem Vorstände der „Freien Vereinigung“ zu überlassen. — Der wird es schon machen!

Ueber den Stand des Streiks wird uns berichtet, daß die Arbeiter am Montag in allen Werkstätten, wo ihre Forderungen nicht bewilligt wurden, die Arbeit niedergelegt haben. Es sind in 450 Werkstätten rund 6000 Tischler im Anstand. In 90 Werkstätten mit ca. 1000 Arbeitern, darunter die Firma Ferd. Voigt, Alte Jakobstraße 19/20 mit 60 Mann — wurden die Forderungen bewilligt. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine siegeszuversichtliche.

In einzelnen Werkstätten wurden die Tischler entlassen mit der Mitteilung, daß die Freie Vereinigung beschlossen habe, die Arbeiter auszusperrern. Die Arbeiterorganisation wird, wenn sich diese Mitteilung bewahrheiten sollte, die unversehrten Kollegen abreißen lassen, um auf alle Fälle den Kampf, der dann seitens der Meistervereinigungen übermütig auf die Spitze getrieben würde, energisch durchzuführen. Das Streikkomitee hat in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, ihren Sitz und hat von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr Bureaustunden.

Von den Möbelpolierern haben 479 in 141 Werkstätten infolge des Tischlerstreiks die Arbeit eingestellt.

Die Agitationskommission der Holzbildhauer hat folgenden Beschluß gefaßt: Ueberall da, wo Tischler die Arbeit niederlegen, ist weiter zu arbeiten, mit Ausnahme in den Werkstätten, wo durch Arbeitswillige neue Arbeiten angefertigt, respective liegen gelassene Arbeiten fertig gestellt werden. Meister und Werkführer, soweit sie letzteres thun, sind Arbeitswilligen gleich zu achten. Besondere Fälle sind der Agitations-Kommission sofort zu unterbreiten. Diese ist abends von 8 Uhr im Restaurant Spielberg, Köpnickstr. 62, amvesend. Dieser Beschluß ist bindend bis zur öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag, den 22. d. M., stattfindet und entgültig Stellung nehmen wird.

Partei-Nachrichten.

Eine vertrauliche Konferenz der süddeutschen Landtagsfraktionen der Sozialdemokratie tagte den 17. und 18. d. M. in Würzburg.

An derselben nahmen, wie uns berichtet wird, 20 Abgeordnete und der Sekretär der bairischen Fraktion teil. Nachdem jede Fraktion über ihre Stellung gegenüber Regierung und Parteien sowie über ihren Einfluß auf die Landespolitik Bericht erstattet hatte, fand ein eingehender Meinungsaustrausch über die in den Landtagen und in der Reichspolitik einzuhaltende Politik statt. Die Einhelligkeit der Auffassung, welche sich hierbei ergab, bietet eine erfreuliche Aussicht auf die weitere parlamentarische Wirksamkeit im Interesse der Gesamtpartei. Das bairische Fraktionssekretariat wurde als Centralstelle zur Sammlung der amtlichen Drucksachen der süddeutschen Landtage und sonstigen Materials bestimmt, bei welcher die Fraktionen und Abgeordneten sich Auskünfte erhalten können. Die übrigen Fraktionen leisten Gegenstände. Auch den andern Landtags-Abgeordneten der Partei steht diese Einrichtung zur Verfügung.

Es wurde beschlossen, dieser ersten Konferenz in entsprechenden Zeitabschnitten weitere folgen zu lassen.

Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage fanden in den letzten Tagen wieder mehrere, besonders in Hamburg und Umgebung statt. Desgleichen in Halle und Leipzig. Ohne Widerspruch wurden unter lebhaftem Beifall Resolutionen angenommen, die sich entschieden gegen die Wasserpolitik aussprechen.

Gegen die Flottenvorlage werden in den nächsten Tagen im Verlage der „Sächs. Arb.-Ztg.“ in Dresden zwei Agitationschriften erscheinen, die sicher einen lebhaften Absatz in Arbeiterkreisen finden dürften. Die erste betitelt sich „Socialdemokratische Marinebilder“. Sie wird 6 Zeichnungen von der Hand eines hervorragenden Zeichners mit Text von Parvus geben und zum Preise von 10 Pf. käuflich sein. Die zweite „Flottenroller und Weltmachtspolitik“ soll namentlich dem Agitator reiches Thatsachenmaterial gegen die Flottenpolitik geben und die Kolonialpolitik kritisch behandeln. Sie soll für 20 Pf. verkauft werden.

Partei-Presse. Die Redaktion der „Mitteld. Sonntags-Zeitung“ in Gießen, die seit fünf Jahren der nach Nürnberg überziehende Genosse Scheidemann geführt hat, wird am 1. April der Genosse F. A. Wetters aus Frankfurt a. M. übernehmen.

Der kommunistische Arbeiterbildungs-Verein in London feierte, wie uns nachträglich berichtet wird, Sonnabend, den 3. Februar, seinen 60. Geburtstag. Der Verein ist wohl der älteste der bestehenden sozialistischen Arbeitervereine. Am 7. Februar 1840 war es, daß der Londoner deutsche Arbeiterbildungs-Verein ins Leben trat, der eine so bedeutende Rolle in der Arbeiterbewegung spielen sollte. Schon seine ersten Statuten zeigen den internationalen Charakter des Vereins. Sie sind in vier Sprachen: deutsch, englisch, französisch und dänisch gedruckt. Die Feier hatte das reich geschmückte Lokal des Vereins nicht gefüllt. Julius Wolfeler, der nun auch die Sechzig überschritten hat, begrüßte in einer lehrigen Ansprache, die auf die Grundzüge und das vielseitige Wirken des Vereins hinwies, die Gäste, der Genosse Höllgen trug einen gedankereichen und stimmungsvoll gehaltenen Prolog vor. Namens der Socialdemokratischen Föderation war deren Vorstandsmittglied Genosse Barwick erschienen und stattete in herzlichen Worten dem Verein seinen Glückwunsch und die Anerkennung für das Viele ab, das er in der Bewegung geleistet. Die Festrede hielt Ed. Bernstein, der und Geschichte des Vereins vorführte, die im kleinen Rahmen die Geschichte und Entwicklung der Arbeiterbewegung widerspiegeln. Der übrige Teil des wohlgelungenen Festes war der Unterhaltung (Vorträge, Musik, Tanz) gewidmet.

Politikliches, Gerichtliches usw.

— Die vorläufige Konfiskation des Niederbuchs „Freie Klänge“ in Maastricht ist wieder rückgängig gemacht worden. Ebenso formlos, wie man dem Mann die Sachen genommen hat, hat man sie ihm wieder zurückgegeben. Was braucht da auch erst Umstände!

Gewerkschaftliches.

Die Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter in Osthann an der Ostsee befinden sich in Lohnunterschieden und bitten den Zugang fernzuhalten.

Der Anstand der Hinhüttenleute in Lipine hat etwas nachgelassen, der Streik auf „Gurdottshütte“ in Chropaczow ist allgemein geworden und wird, so weit das hier bei unorganisierten Arbeitern möglich ist, ordnungsmäßig durchgeführt. Den Streikenden habe sich ein Teil der Hinhütten-Arbeiter auf „Groß-Dullahütte“ (gräflich Schaffgotsch'sche Verwaltung) angeschlossen, so daß zur Zeit die Gesamtzahl der streikenden Hinhüttenleute ca. 700 beträgt. Die Ausständigen der Gurdottshütte in Chropaczow haben durch ihre Vertreter den Deutschen Gewerbeinspektor um seine Vermittelung ersucht, die er auch zugehört hat. Bei allen diesen Streiks handelt es sich um Lohnhöherungen, die bisher von den Verwaltungen abgelehnt wurden. Die am meisten gefährdeten Arbeiter, die Schmelzer, fordern 4,50—5,00 M. Lohn pro Tag, die übrigen 3 M. und 3,50 M. Auch die untersten Arbeiterkategorien verlangen eine Aufbesserung ihrer Löhne, die jetzt 0,75, 1,00, 1,50 M. u. dgl. betragen.

Sattler. In der Militäreffekten-Fabrik von Vöttker in Eisleben sind die dort beschäftigten 40 Kollegen in Streik getreten. Zugang nach Eisleben ist fernzuhalten.

Die Succinate in Königsberg i. Pr. haben bei der gegenwärtig sehr günstigen Bantonskonjunktur die Einführung eines besseren Tarifs verlangt. Infolgedessen ist es zum Streik gekommen.

Der Streik der Weber in Kupferdreh hat eine Wendung genommen, die ein Aufgeben der streng ablehnenden Haltung des Fabrikanten Colmann bedeutet. Herr Colmann hat die feindselige Haltung, welche er bisher gegen jede Organisation einnahm, aufgegeben. Einigen Vorstandsmittgliedern, welche wegen ihrer Thätigkeit für den Verband gemahnt worden sind, erklärte Herr Colmann, er würde sie wieder aufnehmen. Er würde dieselben auch ohne Streik wieder aufgenommen haben, aber die Arbeiter hätten sich verweigern lassen von dem Centralvorstande in Arefeld, und deshalb müsse er fordern, daß jede Verbindung zwischen seinen Arbeitern und dem Hauptvorstande abgebrochen werde. Auch dürfe kein Arbeiter die Hochzeitung „Organ des niederrheinischen Weberverbandes“ lesen. Er wolle nichts dagegen einwenden, wenn seine Arbeiter sich organisieren, aber dem niederrheinischen Weberverband dürften sie nicht angehören. Er wolle die Streikenden mit Ausnahme von acht Personen, die er nicht nennen will, wieder aufnehmen und alles Geschehene solle vergessen sein. Demgegenüber haben die Arbeiter beschlossen, im Streik zu beharren.

Ueber den Streik im Düsseldorf-Emaillierwerk Wortmann u. Ebers hat sich der hiesige Regierungspräsident v. Hollenfer informiert. Er war dieser Tage persönlich im Bureau der Streikenden, hat dort eingehend mit den Leuten gesprochen und sich dann mit der Streikleitung persönlich das Ausstellen der Streikposten angesehen.

Die Bauhandwerker Düsseldorf haben eine Landeskommission gewählt, die aus je zwei Mitgliedern der in Betracht kommenden Gewerkschaften besteht und sich zur Aufgabe macht, Sorge zu tragen, daß die zum Schutz für Leib und Leben der Bauhandwerker bestehende Polizeiverordnung auch vollkommen korrekt befolgt werde.

Südafrikanischer Krieg.

Das allgemeine Interesse konzentriert sich jetzt auf die Ereignisse um Kimberley und das Schicksal der angeblich stehenden Boerenmacht unter Cronje. Ueber London kommende Nachrichten liegen heute genug vor, aber ein neues Licht verbreiten sie nicht über die Ereignisse an der Westgrenze des Orange-Freistaats. In einem Telegramm der „Daily News“ aus Modder-River vom Donnerstag heißt es, Cronje, der verzweifelte Anstrengungen machte, sei gebedt durch die strömungen des Modderflusses, entkommen. Die Londoner Blätter vom Montagabend melden jedoch aus Modder-River vom 18. Februar: Den letzten Meldungen zufolge bedrängt die Division des Generals Keilly-Kenny noch immer die auf dem Rückzuge befindlichen Boeren. Es wurde noch weitere Beute gemacht. Im ganzen sind jetzt 150 Wagen erbeutet worden. In der Beute befinden sich auch zahlreiche Blechene Wasserkübeln, welche mit Munition gefüllt und nach Pretoria via Delagoabay adressiert waren.

Andererseits wird aber auch von Groberungen gemeldet, die die Boeren trotz ihrer Rückzugsbewegung gemacht haben. Eine Depesche des „Standard“ aus Jacobsdal vom 18. d. Mts. meldet: Gestern, am 18. d. Mts., machten etwa 1400 Boeren einen Angriff auf den Nachtrab der Haupttruppe. Sie zogen eilig von Colesberg her heran, und es gelang ihnen, den Engländern einige Wagen abzunehmen.

Weiter verlautet, daß der Nachtrab der Engländer von den Boeren abgeschnitten sei, welche eine Anzahl Gefangene gemacht und eine große Menge Ochsen erbeutet hätten. Die Wegnahme des

großen englischen Convois am Rietflusse erfolgte in Waterbal, während die Engländer unter Kelly-Kenny ihrerseits die 78 Wagen von dem abziehenden General Cronje an einem Punkte nördlich des Modder-River erbeuteten. Vom Sonntag wird weiter berichtet: Die Nachhut Cronjes, welche 1000 Wagen mit sich führt, hat Klipdrift und Drietput angegriffen.

Nicht sich auch aus all diesen Meldungen die wirkliche Kriegslage nicht klar erkennen, so zeigen sie doch, daß der Rückzug der Boeren kein so fluchtartiger ist, wie es die englischen Kriegsdepeschen darzustellen versuchen.

Feldmarschall Roberts allerdings fühlt sich schon als Herrn des Orange-Freistaats und er hat deswegen an die Bürger desselben eine Proklamation erlassen, in der er sagt, die britische Regierung glaube, daß der Einfall in das frühere Gebiet nicht mit allgemeiner Zustimmung der Bevölkerung erfolgt sei, und sei der Ansicht, daß die Verantwortung dafür allein auf die Regierung des Freistaats folle, welche unter unheilvollen Einflüssen von außen her gehandelt habe. Großbritannien hege gegen die Freistaater kein Uebelwollen und sei bemüht, sie vor den schlimmen Folgen zu bewahren, welche die verkehrte Handlungsweise ihrer Regierung mit sich gebracht habe. Zum Schluß fordert Roberts die Bürger auf, sich weiterer Feindseligkeiten gegen die Engländer zu enthalten.

Ein Telegramm Krügers.

Ganz anders als Herr Roberts und die englischen Kriegsberichterstatter faßt man anscheinend in den Boerenrepubliken die Lage auf, wenn anders das folgende Telegramm keine Mythisifikation ist und wirklich vom Präsidenten Krüger herrührt. Es lautet:

Haag, 19. Februar. Ein hier eingetroffenes Telegramm aus Lourenço Marques, das vom Präsidenten Krüger selbst herkommt, berichtet, daß die Operation der Boeren auf dem westlichen Kriegsschauplatz sorgfältig geplant und längst vorbereitet gewesen sei. Der Erfolg des General French sei kein Sieg zu nennen.

Die Ansicht, daß sich die Engländer trotz ihres Sieges oder gerade wegen desselben in sehr gefährlicher Lage befinden, wird nicht nur in Boerenkreisen vertreten, sondern auch in London macht man sich über die merkwürdig schnellen Erfolge der Engländer allerlei Gedanken. Vom Montag wird beispielsweise aus London gemeldet: In militärischen Kreisen ist man übereinstimmend der Ansicht, daß, obwohl der Marsch des General Roberts, soweit es sich um den Entzug Kimberleys handelte, von Erfolg gekrönt worden sei und die Lage sich entschieden zu Gunsten der Engländer gebessert habe, der Feldzug doch offenbar jetzt erst ernstlich begonnen habe und noch viele Hindernisse zu überwinden seien, besonders die Schwierigkeiten eines gefährlichen Marsches durch Feindesland, bei welchem die sehr weit angelegte britische Verbindungslinie dem Angriff des Feindes ausgesetzt sei.

Das Abschneiden der Verbindungslinie würde für die Roberts'sche Armee die Bedeutung einer Katastrophe haben. Man muß bei Beurteilung der Lage die Fortschritte beachten, die die Boeren bei Renburg gemacht haben. Sie haben hier die Engländer in der letzten Zeit immer härter bedrängt und immer weiter nach Süden getrieben und sind ihnen hier an Zahl weit überlegen. Ohne ihre Stellung hier zu gefährden, können sie eine Abzweigung nach De Kar werfen, um hier und weiter nördlich die nach Orange River führende Bahn zu zerstören und damit Lord Roberts die Lebensmittelaufuhr abzuschneiden. Thun sie dies, dann könnte der letzte Entzug von Kimberley und die Vertreibung des Herrn Cecil Rhodes von den Engländern teuer bezahlt werden. Sehr bezeichnend ist es, daß es den Engländern bisher nicht gelungen ist, den Post- und telegraphischen Verkehr mit Kimberley aufzunehmen!

Auch Buller

regt sich wieder. Vermuthlich hat er den Auftrag, die jetzt südlich vom Zugela stehenden Buren zu beschütigen, damit sie keine Hilfstruppen nach dem westlichen Kriegsschauplatz werfen können. Besonders groß sind jedoch die Erfolge nicht, die im folgenden gemeldet werden:

Chibeleh, 18. Februar. Lord Dunonalds Kavallerie nahm unterstüht von Artillerie und Infanterie den Sufarenberg, während die Thorneycroft'schen Reiter den Feind daran hinderten, den Engländern zuzukommen. Zwischen hatte sich die Brigade Lyttelton's um die rechte Flanke der Boeren herumgezogen, während General Warren sie in der Front und auf ihrem linken Flügel angriff. Die Boeren waren auf dem Hlangwane-Berge stark verschanzt. Die britischen Hautbigen verhinderten es aber, daß der Feind Verstärkungen an sich zog. Die britische Infanterie veranlaßte sich sodann auf dem Sufarenberge, welcher von großer strategischer Bedeutung ist. Der Feind hatte ein Geschütz in Thätigkeit, zog dasselbe aber über den Zugela zurück.

Vom Sonntag wird aus Chibeleh weiter gemeldet: Der britische Vormarsch wurde den ganzen Sonntag über stetig fortgesetzt. Am Abend waren die Engländer im Besitz des Eingolo-Hügels und hatten den Monte-Christo teilweise erstiegen. Der erste Schuß der Boerenartillerie schleuderte heute eine Hundertpfundgranate in eine Gruppe von zehn englischen Artilleristen, von denen einer getötet und vier verwundet wurden.

Keine Friedensvermittlung.

Washington, 19. Februar. Die hiesige britische Vorkast erklärt die in Paris umlaufenden Gerüchte für unbegründet, nach welchen Präsident Mac Kuleh bei dem britischen Vorkastler Bauncefote angefragt habe, wie ein amerikanischer Vermittlungsvorschlag ausgenommen werden würde.

Lezte Meldungen.

London, 19. Februar. Dem Reuterschen Bureau wird aus Sterkstroom von gestern abend gemeldet, daß die Boeren sich zurückziehen und daß die Division des Generals Dechant infolge dessen in Dordrecht einrücke.

London, 19. Februar. General Buller meldet aus Chibeleh vom 19. d. M., daß er den Feind auf der andern Seite des Zugela aus starken Stellungen verjagt habe. General Buller hat die Stellungen der Boeren gleichzeitig in der Front, in der Flanke und von hinten angegriffen. Die Engländer haben mehrere Lager genommen, sowie mehrere Wagen mit Munition und Lebensmitteln erbeutet und einige Gefangene gemacht. Die Hitze ist sehr groß und das Terrain außerordentlich schwierig. Die Truppen zeigten große Begeisterung.

London, 19. Februar. Dem Reuterschen Bureau wird aus dem Hauptlager der Boeren vor Zaby'smith vom 16. dieses Monats gemeldet: Gestern (Donnerstag) versuchten die Engländer, unsere Streikräfte zu umgehen, indem sie bei dem Zusammenflusse des Blaauwkrans und des Zugela durchzudringen und den bei Colenso gelegenen Vorkast einzunehmen versuchten; sie wurden aber zurückgeschlagen. Ihre Truppen behaupteten alle ihre dortigen Stellungen.

Mafren (Basutoland), 17. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Unter den Burentruppen aus dem Orange-Freistaat herrscht der Unterleibsphus epidemisch. Namentlich sind viele an der Krankheit vor Kimberley und in Colesberg erlegen. Die Regierung von Transvaal sendet große Truppenmassen nach dem Freistaat.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 19. Februar. (B. L. B.) Staatsgerichtshof. Der Gerichtshof entschied nach langer Beratung in geheimer Sitzung dahin, daß die am 28. Januar wiedergewählten Senatoren an den Verhandlungen nicht teilnehmen dürfen und lehnte den vom Verteidiger Haberts gestellten Antrag, daß der Senat sich für unzulässig erklärt, ab. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Zur Unfallnovelle

hat der Berliner Arbeitervertreter-Verein eine umfangreiche Petition eingereicht, in der, geschöpft aus der Praxis der Unfallversicherung, eine große Anzahl Abänderungsvorschläge im Interesse der Versicherten gemacht werden.

Zu den allgemeinen Bestimmungen wird vorgeschlagen, daß die Schiedsgerichts-Veistiger nicht wie bisher auf einem mehrschichtigen Wege, sondern ebenso wie bei den Gewerbegerichten direkt von den Beteiligten gewählt werden.

Ein Antrag wendet sich gegen die beabsichtigte Einschränkung der Zahl der Veistiger an der Spruchkammer des Reichs-Versicherungsamts.

Auch gegen die Uebertragung des Arbeitsnachweises an die Berufsvereinigungen wendet sich die Petition, wie dies übrigens auch die Unternehmer schon getan haben.

Zur gewerblichen Unfallversicherung wird die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf das gesamte Handwerk, das Handelsgewerbe, sowie speziell auf die mit dem Ausheben von Gräbern beschäftigten Arbeiter verlangt, da das Reichs-Versicherungsamt die letztgenannte Arbeit bisher als eine nichtgewerbliche und daher nicht versicherungspflichtige bezeichnet hat.

Auch die ausdrückliche Einbeziehung des Weges von und zur Arbeit in die Betriebsgefahr wird gewünscht und ebenso die Versicherung der Beamten und Organe der Berufsvereinigungen und der Vertreter der Klassen usw., soweit sie bei ihrer Tätigkeit für die Unfallversicherung einer Betriebsgefahr ausgesetzt sind.

Es wird weiter die Streichung der Vorschriften gefordert, wonach der Rentenanspruch abgelehnt werden kann, wenn die Verletzung bei einem Verbrechen, einem vorfälligen Vergehen oder durch eine vorsätzliche Handlung des Verletzten entstanden ist.

Die Rentenzahlung soll schon mit der fünften Woche statt wie bisher mit der vierzehnten beginnen.

Als Vollrente soll der volle Arbeitsverdienst gewährt werden und zwar so, daß auch der 4. W. übersteigende Arbeitsverdienst voll angerechnet wird. Wenn der Verletzte infolge des Betriebsunfalls unverschuldet ohne Arbeit ist, dann soll die Berufsvereinschaft nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet sein, während dieser Zeit die Vollrente zu zahlen.

Weiter wird eine Erhöhung der Renten für jugendliche Personen, eine Erhöhung der Witwenrente auf 25 Prozent, des Sterbegeldes und der Kapitalabfindung sowie die Zahlung der Kinderrente bis zu 16 Jahren gefordert. Das Krankengeld soll bei Unfällen sofort zwei Drittel des Lohns betragen und diese Mehrleistung der Krankenkasse durch die Berufsvereinschaft, nicht wie bisher durch den einzelnen Unternehmer ersetzt werden.

Mehrere Anträge wenden sich gegen die Rentenquerschnen und siberhaupt gegen die vielfach geübte Chikanierung der Verletzten, die oft von einem Krankenhaus zum andern geschickt und, selbst wenn sie schon wieder arbeiten, immer wieder einem Heilverfahren unterworfen werden, um vielleicht noch einige Prozent von der Rente abzuschinden. Es soll deshalb die Unterbringung des Verletzten in einem Privat-Krankenhaus, seine Ueberführung aus einem Krankenhaus in ein anderes während der Dauer des Heilverfahrens, sowie die Eröffnung eines neuen Heilverfahrens nach Beendigung des früheren ganz allgemein und ohne Einschränkung von der Genehmigung des Verletzten abhängig sein.

Die Ausführung der Bestimmungen des Gesetzes ist oft das wichtigste und deshalb gehört die erwähnte Forderung mit zu den wichtigsten, um die Interessen der Versicherten zu wahren. Hierzu gehört auch eine andere Gruppe von Ausführungsvorschriften: nämlich die erste Feststellung der Entschädigung und die anderweite Feststellung derselben bei eintretenden Veränderungen im Zustande des Verletzten.

Dies herrscht jetzt die Berufsvereinschaft unumschränkt und ungezügelt Klagen über rücksichtslose Ausübung dieser Herrschaft, über oft stonbalöse Chikanierung der unglücklichen Opfer der Industrie und den Redaktionen der Arbeiterblätter, den Arbeiterssekretariaten und anderen Vertrauensleuten der Arbeiter zu Ohren gekommen. Hierbei hat sich besonders die Institution der Vertrauensärzte geradezu verhaßt gemacht.

Auch die Regierung hat die Berechtigung dieser Klagen anerkennen müssen und es werden deshalb in der Vorlage einige Vorschriften erlassen zur Einschränkung der Allmacht der Berufsvereinschaften bei der anderweitigen Feststellung der Entschädigung. Es soll nämlich das Ablauf von zwei Jahren seit der ersten Rentenfeststellung die Rentenveränderung ohne Uebereinstimmung zwischen Berufsvereinschaft und Verletzten nur in Zwischenräumen von mindestens einem Jahre zulässig sein.

Die Petition der Arbeitervertreter verlangt, daß diese Beschränkung nicht erst nach zwei Jahren, sondern sofort eintritt. Wenn die Rente bereits fünf Jahre besteht, soll für eine Abänderung immer nur das Schiedsgericht zuständig sein. Unfres Erachtens müßte das überhaupt, sobald die Rente einmal festgestellt ist, der Fall sein und nicht erst nach fünf Jahren. Hierin und in der Forderung der Petition, daß zur ersten Feststellung der Entschädigung Arbeitervertreter hinzugezogen werden sollen, liegt unfres Erachtens die einzige Möglichkeit, der Willkür der Berufsvereinschaften und dem schädlichen Einfluß der Vertrauensärzte entgegenzutreten, namentlich wenn noch hinzukommt, was die Petition gleichfalls fordert, daß vor der Rentenfestlegung auch der behandelnde Arzt gehört werden muß und, falls dies ein „Vertrauensarzt“ ist, der Verletzte auf Kosten der Berufsvereinschaft ein anderweitiges autoritatives ärztliches Gutachten einholen kann.

Einige weitere Forderungen der Petition betreffen die Gewährung freier Eisenbahnfahrt an den Verletzten zur persönlichen Wahrnehmung der Verhandlungstermine, Erlass der Unfallversicherungsvorschriften durch die Schiedsgerichte usw.

Die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten werden sich der Petition, deren Forderungen sie in der Kommission ja schon vertreten haben, gewiß aufs wärmste annehmen. Zur Begründung derselben wird dann auch noch manches beigebracht werden können, was die Petition bei der Unzulänglichkeit des Stoffes unterlassen mußte.

Der Prenzlauer Arbeitervertreterverein hat sich durch eine einstimmige Erklärung der Petition angeschlossen.

Tokales.

Ueber die Staatsbank Widmarcks wird Reichstags-Abgeordneter W. Bloss heute abend 8 Uhr in der im Schultheiß-Kuischank, Neue Jakobstraße 24/25 stattfindenden Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis einen Vortrag halten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Gäste haben Zutritt.

Aus einem staatlichen Musterbetriebe.

Nicht sonderlich erbaunt sind die auf dem Lehrter Bahnhof beschäftigten Arbeiter davon, daß die Betriebsleitung vor einigen Monaten eine Anzahl von Frauen zum Wagenputzen eingestellt hat. Nicht etwa, daß die Arbeiter auf ihre weiblichen Kolleginnen neidisch wären. Aber der Umstand giebt zu denken, daß die Frauen einen Tagelohn von 2 M. erhalten, während die Männer, welche ganz dieselbe Arbeit verrichten, mit 2.30 M. pro Tag anfangen und nach längerer Dienstzeit auf 3 Mark kommen. Bei der bekannten Sparamkeit unserer Staatsbahn-Verwaltung ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die billigeren weiblichen Arbeitskräfte, nachdem einmal der Anfang mit der Einstellung von Frauen gemacht worden ist, bestimmt sind, die um einige Groschen teureren männlichen Wagenputzer nach und nach ganz zu verdrängen. Auf

solche Weise wird den Männern die Arbeitsgelegenheit verkürzt und die Frauen, die doch nach Ansicht der in Staat und Gesellschaft mitwirkenden Kreise einzig und allein für den häuslichen Wirkungskreis bestimmt sind, werden diesem ihrem „natürlichen Beruf“ entzogen.

Koch ein anderer Umstand erregt die Unzufriedenheit der Arbeiter auf dem Lehrter Bahnhofe. Seit einiger Zeit wird nämlich in ungemein rigoroser Weise bei den geringfügigsten Ursachen mit Strafen gegen die Arbeiter vorgegangen. Nach dieser Richtung thut sich besonders ein Werkmeister-Diätar hervor. Was seither kein Mensch für strafbar hielt und auch sonst von keinem Vorgesetzten bestraft worden ist, das gilt diesem Herrn als Ursache zur Verhängung von Geldstrafen in Höhe von 50 Pf., was bei einem Höchsttagelohn von 3 M. keine Kleinigkeit ist. So wurden kürzlich sieben Arbeiter mit je 50 Pf. bestraft, weil eine Handlaterne, die nicht einmal alle sieben zu benutzen hatten, nicht gereinigt worden war. In der zwölfstündigen Rachtschicht der Maschinenputzer sind keine regelmäßigen Pausen vorgelesen, weil die Art des Rachtsdienstes es mit sich bringt, daß Arbeit und Pausen in regelloser Weise abzuwechseln. Während es von jeher als selbstverständliches Recht der Arbeiter galt, daß sie in den unregelmäßigen Pausen, die der Rachtsdienst ergibt, auf der Wank sitzen, ein wenig einnicken durften, belegt der Werkmeister-Diätar jeden mit Strafe, den er während der nächtlichen Pausen schlafend findet. Die Arbeiter, die sich bei ihrem Vorgesetzten besonders mißlieblich gemacht haben, werden in den „Verbrecherschuppen“ verlegt. So nennen die Arbeiter nämlich einen Lokomotivschuppen, in dem ein ehemaliger Unteroffizier mit ganz besonderer Schneidigkeit seines Amtes als Vorarbeiter waltet und ein laienmännlich und erzogierplumäsiges Regiment über die ihm unterstellten Arbeiter ausübt.

Eine derartige Behandlung ist natürlich nur möglich, weil die hier in Frage kommenden Arbeiter noch nicht zum vollen Bewußtsein ihrer Menschenwürde gelangt sind, weil den meisten von ihnen noch die Erlernenis fehlt, daß sie nur in solidarischem Zusammenhalten mit ihren Klassen Genossen bessere Arbeitsverhältnisse erzwingen können. So lange der Mehrheit der Eisenbahnarbeiter diese Einsicht mangelt, müssen leider auch die Vorgesetzten unter ihnen mit den Indifferenten und Zurückgebliebenen leiden.

Das Beschwerderecht des Armen kam in der letzten Versammlung der Armenkommissionen, Vorsteher zur Sprache. Wiederholt ist von Armenkommissionen das Verlangen geäußert worden, daß Arme, die gegen die Entscheidungen von Kommissionen Beschwerde erheben, von der Armenkommission zurückgewiesen würden. Manche in den Armenkommissionen sitzende Herren behaupten, daß sie in ihrer Tätigkeit behindert und in ihrem Ansehen geschmälert werden, wenn solchen Beschwerden Folge gegeben werde. Der Vorsitzende der Armenkommission, Stadtrat Dr. Münsterberg, sieht in dieser Frage erfreulicherweise nicht auf dem engherzigen Standpunkt, den ein Teil der Armenkommissionen einnimmt. Er stellte in der erwähnten Versammlung den Grundgedanken auf (der eigentlich für jedermann selbstverständlich sein sollte), daß auch der Arme eine zweite Instanz haben muß. Eine Lösung dieser Frage ist bereits versucht worden. Es ist bei der Armenkommission ein ständiger Ausschuss eingeleitet worden, der die von Armen eingehenden Beschwerden zu prüfen und zu erledigen hat. Ein besonderer Beamter nimmt die Beschwerden auf, doch hat er, um unangenehme Beschwerden zu vermeiden, vorher möglichst die betreffenden Akten einzusehen, sowie die Beschwerdeführer zu ermahnen, daß sie zunächst bei dem Vorsteher ihrer Kommission vorstellig werden. Die Armenkommissionen erhalten von jeder angenommenen Beschwerde Mitteilung, auch werden die betreffenden Vorsteher zur Teilnahme an der Sitzung des Beschwerdeausschusses eingeladen. Die neue Einrichtung hat sich, nach Münsterbergs Versicherung, gut bewährt und soll weiter ausgebildet werden.

An Infuenza starben in Berlin in der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar 22 Personen. Für die folgende Woche vom 4. bis 10. Februar ergeben bereits die vorläufigen ärztlichen Meldungen eine weitere Steigerung auf weit über 40 Sterbefälle. Eine gleich hohe Infuenza-Esterblichkeit in einer einzigen Woche war in Berlin nach 1895 nicht mehr beobachtet worden.

Die Abschätzungs-Verordnungen erhielten im Jahre 1899 von der Steuerdeputation 6199 Aufträge. Davon wurden 6197 erledigt, und zwar 4299 durch Abschätzung, 1998 durch Versteigerung. Den Revisionskommissionen gingen 169 Sachen zu. Im Einpruchsverfahren erfolgte 148 mal eine Revisionsabschätzung, wobei der ursprünglich ermittelte Wohnungsmietwert 96 mal ermäßigt, 27 mal bestätigt, 25 mal erhöht wurde. Zum Vorsteher der Abschätzungs-Verordnungen für 1900 ist der bisherige Vorsteher Stadtverordneter Jordan wiedergewählt worden.

In ein fremdes Gehege verirrt sich die jüdische „Kreuzzeitung“ in einem Bericht über die Giordano Bruno-Feier vom Sonntag. Das Blatt des Herrn Dr. Leipziger schreibt von dem Gefeierten:

„Sein Name darf nicht benutzt werden, um das Volk, das Brunos immerhin Wesen fernst und fernstehen muß, weil es ihn, sein Fühlen und Denken nicht verstehen kann, zur unbedachten Polemik gegen ehrwürdige und althergebrachte Institutionen fortzureißen.“

Unfres Wissens haben Giordano Bruno und seine Schüler es wohl mit der katholischen Kirche, aber keineswegs mit der Synagoge oder dem Rabbinat verstanden. Wozu also das Geschrei?

Die noch immer mangelnde Durchführung des Radialsystems II hatte den Grundbesitzer-Verein der Prenzlauer Thor- und angrenzenden Stadtteile zu einer Beschwerde an die Kanalfations-Deputation veranlaßt. Nach der hierauf erteilten Antwort liegt die Schwierigkeit darin, daß einerseits die projektierte Anlage der Radialfelder noch nicht die Genehmigung der Staatsregierung erhalten hat, andererseits eine Umänderung des Bebauungsplans im Gebiete des Radialsystems II erforderlich geworden ist. Der Grundbesitzer-Verein wird sich nunmehr mit einer Beschwerde an den Oberpräsidenten wenden und darum ersuchen, den Stadtteil im Zuge der Weidenburgerstraße bis zur Verbindungsbahn an die Radialsysteme V und X anzuschließen.

Zur Affaire Sternberg weiß eine hiesige Korrespondenz folgende Mitteilungen über den augenblicklichen Stand der sensationellen Angelegenheit zu machen: Sternberg hat, trotzdem er neuerdings eine Ration von fünf Millionen Mark andot, seine Hofensklaffung nicht erwirken können. In fünf Fällen ist die Vorunternehmung geschlossen, aber es gehen immer neue Anschuldigungen bei den Behörden ein, die der Strafsache eine immer größere Ausdehnung geben. Neuerdings hat die Polizei einen Brief ermittelt und zu den Akten gegeben, den die von Sternberg nach Rew Hork abgeschobene Frau Fischer an ihre hier lebende Schwester gerichtet hat. Dieser Brief erscheint nach mehreren Richtungen hin bemerkenswert. Einmal werden darin die belastenden Angaben des zwölfjährigen Mädchens bestätigt und dann stellt die Fischer ihre Rückkehr in Aussicht. Ferner sucht die Fischer ihre eigene Sache, die Beihilfe zu den Sternbergischen Machenschaften in ein für sie günstiges Licht zu rücken, indem sie angiebt, daß sie selbst geäußert worden sei, da sie von Sternbergs verbrecherischen Absichten nichts gewußt habe. Der Brief wurde zu den Akten genommen.

Von den Bahnhöfen des Nordrings der Stadt- und Ringbahn ist der Bahnhof Prenzlaueer Allee ungewisselhaft einer der belebtesten. Wie uns geschildert wird, lassen die Sicherheitszustände in der Gegend des Bahnhofs leider recht oft zu wünschen übrig. Der Durchgang von der Prenzlaueer Allee nach der Dunder-

und Stargarderstraße ist zu manchen Abendstunden eine der unsichersten Passagen. Die Beleuchtung fehlt, falls kein Mondschein ist, vollständig, und daher sind Bekanntheitschaften unangenehmer Art nichts Seltenes für den arglosen Wanderer; vor allem aber ist es für Frauen bei Eintritt der Dunkelheit eine gefährliche Sache, den Durchgang zu passieren. Ein häßlicher Vorgang spielte sich vor einigen Tagen in der Gegend ab. Ein Burche hatte eine Frau in ungeziemender Weise belästigt und war von einem zufällig des Wegs kommenden Steinwerfer wegen seines Betragens zurückgewiesen worden. Nun fiel der Burche wie rosend über den Steinwerfer her, biß ihn in die Hand und brachte ihn auch im Gesicht mehrere nicht unerhebliche Verletzungen bei.

Die Bewohner der Gegend wünschen dringend, daß die Behörde auf das Notwendige in jener Gegend Obacht geben und daß vor allem von zuständiger Seite für genügende Beleuchtung des Durchgangs gesorgt werde.

Der „Berliner Journalisten- und Schriftsteller-Verein“ hat in seiner letzten Sitzung folgende Erklärung beschlossen: „Mit Bestimmtheit haben wir von der Kennerung des Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerehans Kenntnis genommen, der Angehörige der Presse öffentlich in geringschätziger Weise als „Zeitungs-schreiber“ bezeichnet hat. Der Berliner Journalisten- und Schriftsteller-Verein bedauert, daß selbst in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ein so geringes Verständnis vorhanden ist für die unerlässliche Arbeit der Presse, in einer Stadtverordneten-Versammlung, deren Verhandlungen doch erst durch die Thätigkeit der Presse Beachtung in weiten Kreisen finden!“

Eine neue Zwangsinnung, und zwar für das Töpfer- und Ofenhandwerk in den Bezirken der Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf und der Gemeindebezirken Reinickendorf, Schönholz, Pantow, Nieder-Schönhausen, Peinersdorf, Hohen-Schönhausen, Friedrichsberg, Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hummelshagen und Stralau, mit dem Sitz in Berlin, soll am 1. Mai dieses Jahres errichtet werden.

Der brandenburgische Provinzial-Landtag ist Sonntagmit- tag im Ständehause, Matthäikirchstraße 12, eröffnet worden. Angelegenheiten von weiterem Interesse wurden nicht verhandelt. Das Festessen, das der Oberpräsident alljährlich dem Provinzial-Landtag zu geben pflegt, findet diesmal am nächsten Mittwoch statt. Der Kaiser wird, wie die Blätter wissen wollen, daran in diesem Jahre wegen Abwesenheit von Berlin nicht teilnehmen.

Ein Gerüstesturz wird aus der Potsdamerstr. 62 gemeldet. Dort wird aus dem Hofe der Reuban der Dr. O. S. K. Klinik aufgeführt. Montagmorgens um 4 1/2 Uhr waren mehrere Maurer auf einer im Innern des Gebäudes im ersten Stock angebrachten Rüstung thätig. Nur sollen sich Lagerhölzer, die den Belag trugen, infolge der Risse verschoben hatten und an einer zu schwer belasteten Stelle durchgebrochen sein, so daß das Gerüst zusammenfiel und die Arbeiter mit sich hinunterfiel. Der Maurer Fiebig erlitt dabei einen rechtsseitigen Armbruch, Quetschungen und Verletzungen am Kopf. Die übrigen vier wurden nur leicht verletzt. F. wurde nach einem Krankenhaus gebracht.

Landgerichtsdirektor Dr. Felsch, der Vorsitzende der ersten Strafkammer des Landgerichts I, hat einen längeren Urlaub erhalten, von welchem er schwerlich in sein bisheriges Amt zurückkehren wird. Er hat einen Auf in das Reichs-Marineamt erhalten und wird im Interesse dieses neuen Amtes zunächst eine längere Seereise antreten.

Seidenwaren im Werte von 30 000 M. sind Eindrechern gestern früh in der Zeit von 3 bis 7 Uhr in der Rodenwarenhandlung von Feibusch u. Preuß an der Leipziger- und Narzgrafenstraßen-Ecke in die Hände gefallen. Einer der Diebe hat das gestohlene Gut kurz vor Eröffnung der Nebengasse auf einen zweirädrigen Handwagen geladen und ist damit unbemerkt nach dem Spittelmarkt zu davon gefahren. Ein Weichensteller der Straßenbahn und ein Geschäftsmann haben ihn zu, ohne daß sie Verdacht schöpften. Es handelt sich wohl um dieselbe Diebesbande, die vor acht Tagen in der Stallgreiberstraße für 20 000 M. Stoff entwendete.

Unter die Räder eines Eisenbahnzuges kam gestern früh kurz vor 6 Uhr der 26 Jahre alte Sattler Georg Sternberg aus der Brunnstraße 88. Er war in der Gewehrfabrik zu Spandau beschäftigt und besuchte den Arbeiterzug vom Bahnhof Gesundbrunnen. Gestern traf er gerade in dem Augenblick auf dem Bahnhof ein, als sich der Zug in Bewegung setzte. Um aber die Arbeit nicht zu versäumen, wollte er noch einsteigen, glitt ab und kam mit beiden Beinen unter die Räder. Der Zug mußte halten, damit man den Verunglückten befreien konnte. Das rechte Bein wurde ihm abgetrennt, das linke mehrfach gebrochen und der Kopf durch das Aufschlagen auf den Bahnschwellen verletzt. Ein Schutzmann brachte ihn in einer Droschke nach der Charité.

Kultusminister Dr. Studt ist gestern im Abgeordnetenhanse auf dem Fußboden ausgeglitten und hat sich einen Bruch des Schultergelenks zugezogen. Prof. König von der Charité, der telephonisch herbeigerufen wurde, behandelte den Minister.

Ueberrfahren und getötet wurde am Sonntagmorgens der Maurer Krüger aus der Remelerstraße. Er war nach einem Be- gräbnis in Wilhelmshagen bei Berlin im Herrschelischen Lokal eingelehrt, und wurde dann beim Ueberrfahren des Straßenbahnwagens von einem Doppelwagen der elektrischen Bahnlinie Wilmannsstraße-Hohen-Schönhausen erfaßt und getötet, und zwar vor den Augen seiner Frau und der übrigen Trauergesellschaft.

Die ersten Frühlingsboten, die Stare, sind in den Berliner Parks eingetroffen.

Die Giordano Bruno-Feier am Sonntag, den 18. d. M., im Veethovenpark war von mehr als 1000 Personen besucht, während noch Hunderte zurückgewiesen werden mußten. Das Orchester leitete den Festakt durch Beethovens Egmont-Ouverture schwingend ein, worauf das Mitglied des Deutschen Theaters, Fraulein Dumont, einen dichterisch sein empfundenen Prolog von Julius Hart in feierlichem Ton vortrug. Alsdann folgte die Rede des Dr. Brunn- hofers. Derselbe ist ein tüchtiger Bruno-Forscher, erwidert sich in dessen als ungeeignet, bei einer so wichtigen Veranstaltung den Denker und Märtyrer Bruno begeistert und begeistert zu feiern. Er sprach fast durchweg im trocknen Gelehrtentou und gab nichts von dem, was der Witzzeuge und Bahndreher der modernen Weltanschauung gerade unserer Zeit sein kann und soll! Nach dem direkten Panulius Wagner kam aber Faust zum Wort, indem einige der prachtvollen Sonette Giordano Brunos recitiert wurden. Herr Laurence erfüllte diese Aufgabe in wirkungsvoller Weise, und die gewaltige Fußdrörmenge gab deutlich zu erkennen, daß sie auch den Poeten Bruno verstand. Zum Schluß der Feier ertönten die Klänge von Wagners „Einzug der Götter in Walkhall“...

Wie wir nun noch mitteilen wollen, plant bezelbte Festausführung eine neue Veranstaltung, durch welche auch die diesmal zum Fernbleiben Gezwungenen Gelegenheit erhalten sollen, an einer zündenden Rundgebung für den freien, modernen Geist teilzunehmen.

Die Neue freie Volkshöhe bringt am Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Thalia-Theater, Drossenerstraße 72, das in Deutsch- land noch nicht aufgeführte sociale Drama „Die schlichten Hirten“ von Octave Mirbeau, deutsch von K. B. und W. U. zur Aufführung. Die Regie liegt in Händen des Herrn Friese. Prost.

Feuerbericht. Sonntagabend entstand durch eine ungewollte Petroleumlampe ein Zimmerbrand in der Schützenallee 22, wobei Möbel eingekerkert wurden. Kurz vorher erfolgte ein Alarm nach Kurgestr. 15, der auf niedergebrachten Rauch zurückzuführen war. Elisabethstr. 20 hatte der Fußboden und die Balkenlage

Feuer gefangen. Körbe mit Kleidungsstücken und Wäsche gingen Dragonerstr. 30 und Wasserthorstr. 55 in Flammen auf, doch brauchte in beiden Fällen die herbeigerufene Feuerwehr nicht einzugreifen. Waldemarstr. 40 war in einem Waggengeschäft ein Schadenfeuer abzulösen, das auch das Haus erheblich beschädigte. Außerdem erfolgte Magdeburgerstr. 20 ein Zimmerbrand, der Gardinen und Möbel einäscherte.

Aus den Nachbarorten.

Partei-versammlungen in den Vororten. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet in Wilmersdorf bei Mitte, Berlinerstr. 40, die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Zahlreiches Erscheinen ist geboten. Die Mitglieder werden auf § 7 der Statuten hingewiesen. — In Köpenick tagt der sozialdemokratische Verein heute abend 8 1/2 Uhr bei Stippelohf, Schönelerstraße. Referent ist Dr. Wellheim. — Schmaragdendorf. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins im Wirtshaus Schmaragdendorf. Vortrag über Punkt 3 meines Programms. — In Baumgartenweg hielt Mittwoch in einer bei Neumann stattfindenden Volksversammlung Genosse Krebs über die Stellung der Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung einen Vortrag.

Erster. Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich mit der Petition der Parteigenossen, den Wahlakt der dritten Klasse an einem Sonntag oder doch wenigstens in der Zeit von 5-11 Uhr am Abend eines Wochentags abzuhalten. Der Gemeindevorsteher leitete die Debatte darüber mit den eine nicht zu große Gefährdung des öffentlichen Verkehrs durch die Petition zu großen Gefahren mit verletzenden Worten ein: „Es hat von Ihnen wohl noch keiner darüber nachgedacht, wie das werden soll, da doch alle drei Klassen an einem Tage wählen.“ Gemeindevorsteher Herr Spindler, der sich sonst sehr arbeitserfreudig geriert, erklärte sich gegen die geplante Wahlrechtsveränderung und empfahl „Erfindungen“ einzuziehen, ob und wo schon Wahlen des Abends stattgefunden haben. Herr Lehrer Scheid, der in öffentlicher Versammlung erklärt hatte, für meinen Antrag energisch einzutreten, hielt sein Wort insofern, als er eine Rede zu dessen Gunsten hielt: — wer aber Herrn Scheid's Medebgabe und Gutsfuß kennt, muß zugeben, daß diese Rede eben gerade der fremden Energie entbehre. Ohne Abstimmung ging die Petition in die Rapsche zurück, nachdem Herr Spindler nochmals erklärt hatte, daß der Vormittag die beste Wahlzeit sei und der Herr Gemeindevorsteher hinzugefügt hatte, daß die Angelegenheit ja nun „im großen und ganzen“ erledigt sei. — Weniger Entgegenkommen kann wohl der Majorität der Bevölkerung, in deren Anstache die Petition abgehandelt war, nicht geboten werden.

Der Falschmünzer, der sich in Brandenburg erschoss, nachdem er einen Wagnisseier angeschossen hatte, gehört nicht zu den Berliner Verbrechern seiner Species. Seine Papiere sind bei der hiesigen Kriminal-Polizei weder als gestohlen noch als verloren gemeldet. Allerdings ist ein Diebstahl an Papieren auf den Hausdiener Samuel Janutte am Freitagmorgen in einem Gasthause am Scheideberg Bahnhof vorgekommen. Der Dieb hatte dort zwei Tage gewohnt, das Zimmer des Hausdieners mit einem Nachschlüssel geöffnet, die lebernen Koffer mit einem Messer zerhackt und nach Geld durchsucht, um sich schließlich mit sechs Zeugnissen zu begnügen. Das ändert aber an der Sache nichts, da auch von den aus den Papieren ersichtlichen Namen keiner auf einen Berliner Falschmünzer zutrifft. Ebenso wenig kann die Beschreibung des Selbstmörders einen Anhalt dafür geben, daß es sich um einen Berliner Falschmünzer handelt. Uebrigens geht ein Berliner Falschmünzer nicht so leicht zu Wee, mit seinem Handwerkszeug im Land umher zu reisen. Es bleibt demnach nur die Annahme übrig, daß der Unbekannte von auswärts nach Berlin zugereist war und sich dann in die Provinz begeben hat, um falsches Geld herzustellen oder solches abzugeben.

Aus Reinickendorf wird uns berichtet: „Mehr Polizei ist auch an unsern Orte die Lösung. Die Gemeindevertretung hat sich damit einverstanden erklärt, daß zu den jetzt vorhandenen drei Amtsdienern zwei neue eingestellt werden, nachdem vom Amtsvorsteher ausgearbeitet ist, daß die alten Beamten nicht im Stande sind, den Sicherheitsdienst genügend zu versehen, da ihre Zeit vorwiegend durch Potendante in Anspruch genommen wird. — Die Gemeinde Reinickendorf will sich an der Errichtung des von Berlin geplanten Nordparks beteiligen, vorausgesetzt, daß bei Anlage des Parks die Abdeckeri und der Abbladeschlag befreit wird. — Da der Landrat mit der beschlossenen Beschaffung eines Desinfektionsapparats nicht einverstanden ist, soll zunächst ein Polizeibeamter als Desinfektor ausgebildet werden. — Zum Ausbau der Scharnweberstraße will die Gemeinde 40 000 M. beitragen, zum Ausbau der Hauptstraße 50 000 M. und zum Ausbau der Provinzstraße 210 000 M. Das Geld hierfür wird zu 4 Proz. Zinsen und 3 Proz. Amortisation bei der Kreis-Sparkasse aufgenommen. — Zu Kanalisationszwecken will die Central-Voden-Kredit-Gesellschaft der Gemeinde eine halbe Million Mark leihen. Die Gemeinde beabsichtigt, die Anleihe anzunehmen, vorausgesetzt, daß die Bedingungen in einem Punkt günstiger gestaltet werden. — Die von der Gemeindevertretung schon zu wiederholten Malen abgelehnte und vom Regierungs-Assessor v. d. Goltz mehrfach abgeänderte Polizei-Verordnung ist auch in der vorliegenden neuen Fassung wieder abgelehnt worden. — Bezüglich der Polizei-Verordnung über die Beschäftigung von Schulkindern gleicht der Kreislandrat anheim, zu erwägen, 1. den Kindern das Bedienen der Gäste in Schaustätten zu untersagen; 2. Kindern unter 12 Jahren die Beschäftigung in Gewerbebetrieben zu verbieten. Die Vertretung erstreckte den ersten Antrag als zu Recht bestehend, während der zweite aus verschiedenen Gründen abgelehnt wurde.“

Schönhausen, 19. Februar. Heute vormittag gegen 10 1/2 Uhr fanden Arbeiter auf dem Felde einen anständig gekleideten Mann völlig hilflos im größten Schmutz liegen. Der noch Lebende, welcher aber keinen Laut mehr von sich gab, wurde nach Herbeiführung eines Gendarmen zunächst zum Gutsvorstand und dann auf dessen Veranlassung nach dem Krankenhaus in Rummelsburg geschafft, wo er bald nach der Einlieferung unter Bergamtsaufsicht verstarb. Papiere, welche der Verstorbenen bei sich führte, lauteten auf den Namen des Führersbesizers Renee-ant an aus Weihenau.

Gerichts-Beilage.

Eine empfehlenswerte Privat-Detectiv-Institut stand gestern in der Person der unerschrockenen Anna Henrich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte ist früher bei dem Privat-Detectiv-Institut „Grosi“ angestellt gewesen. Nach der Verurteilung des Inhabers, des früheren Kriminalkommissars Grützner, und der Auflösung des Instituts hat die Angeklagte dann selbstständig Detectivgeschäfte betrieben. Im verflochtenen Jahre gab sie, kaum 17 Jahre alt, einem Kinde das Leben, wußte dies Ereignis aber vor ihren Eltern geheim zu halten, indem sie ihnen vorredete, daß sie geschäftlich auf Reisen gehen müsse. Thatsächlich hatte sie sich bei einer Frau Metzger angeheiratet. Sie entwendete derselben ein Sparbuchschen über 102 M., das sie zu Geld machte, als sie zum erstenmal wieder ansprechen konnte. Sie unterzeichnete den Diktionsvermerk mit einem fremden Namen und mochte sich dadurch einer Lebensgefährdung schuldig. Die Strafkammer blieb längere Zeit unentschieden. Die Angeklagte war inzwischen wieder zu ihren Eltern zurückgekehrt. Ihrer Wohnung in einem Seitengebäude lag die des Vaters M. gegenüber. Die Angeklagte konnte häufig beobachten, daß M. an seinem neben dem Fenster stehenden Schreibtisch saß und Geld zählte. Dies reichte in ihr einen Diebstahlsplan, den sie in der raffiniertesten Weise ausführte. M. war des Tags über wenig zu Hause, seine vierzehnjährige Tochter war dann die einzige Hüterin der Wohnung. Die Angeklagte machte sich mit dem jungen Mädchen bekannt und fand

Zutritt zu der Wohnung unter dem Vorwande, daß sie gern einmal das Piano spielen möchte, da sie sich auch ein solches anschaffen wolle. Sie schickte dann das junge Mädchen, wie wir schon vor längerer Zeit berichten konnten, fort, um Obst zu holen und die kurze Zeit des Alleinseins benutzte die Diebin, um aus dem Schreibtische 140 Mark zu entwenden. Der Diebstahl wurde am demselben Abend entdeckt. Im Termin verurteilte die Angeklagte, den Verdacht auf die eigene Tochter des Verstorbenen zu lenken, erst am Schlusse der Verurteilung bequeme sie sich zu einem Geständnis. Der Vorsitzende erwähnte, daß die Angeklagte in ihrer Eigenschaft als Detectiv-Institut besonders in Ehehehungen sahen gearbeitet und durch ihr Spionieren viele Personen unglücklich gemacht haben soll. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Die Abenteurerlust ist den beiden 16jährigen Mädchen Siebow und Augner, die gestern unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung vor der ersten Strafkammer standen, schlecht bekommen. Die Mädchen, Töchter schätbarer Eltern, waren der strengen häuslichen Jugut müde, beschloßen, sich in den Strudel des Berliner Lebens zu stürzen, und entließen ihren Eltern, um in einer gemeinsam gemieteten möblierten Stube sich den richtigen Gemüß des Lebens, wie er sich in ihren Köpfen abmalte, zu verschaffen. Da ihre Mittel bald sehr knapp wurden, verließ die zweite Angeklagte auf folgenden Gedanken, den sie unter Beihilfe ihrer Freundin ausführte: Sie wußte, daß ihr Vater, ein kleiner Fabrikant, mit einem hiesigen Verkehrs-Institut in Verbindung stand und bei demselben eine Forderung anstehen hatte. Sie setzte sich mit dem Institut telephonisch in Verbindung und meldete im Namen ihres Vaters an, daß in etwa einer halben Stunde ein junges Mädchen im Bureau erscheinen und die Rechnung einlösen würde. Dieses Mädchen war die erste Angeklagte, die das Geld auf Grund einer von den beiden Mädchen gemeinschaftlich gefälschten Quittung thatsächlich erhielt. Das Verschwinden der beiden Mädchen mußte schließlich von den Eltern der Polizei angezeigt werden, diese ermittelte den Aufenthalt der Angeklagten und bei dieser Gelegenheit blieb auch die von ihnen begangene Straftat nicht verborgen. Die Angeklagten behaupteten in reichen Ehrannergüssen ihre Neugier über die Schmach, die sie über ihre Eltern und über sich selbst gebracht haben. Mit Rücksicht auf ihre jugendliche Alter lassen sie mit je zwei Wochen Gefängnis davon.

In Anwesenheit zahlreicher Hoteldienstler verhandelte das Schöffengericht folgende Beleidigungssache: Der Verleger und Redacteur der Zeitung „Der Hoteldienstler“ brachte in diesem Blatt seiner Zeit einen Artikel, in welchem eine Frau Angerstein, die ein bedeutendes Stellenvermittlungsbureau für Hoteldienstler hat, der Vorwurf gemacht wurde, daß sie durch zu hohe Provisionen „Stellenwucher“ treibe. Frau Angerstein strengte die Privatklage an. Der Beleidigte trat durch Rechtsanwältin Holz einen umfassenden Wahrheitsbeweis an, der auf Antrag des Rechtsanwalts Leop. Meyer, der die Klägerin vertrat, in vollem Umfang erhoben wurde. Der Beweis fiel zu Ungunsten des Angeklagten aus. Nachdem noch der Vorsitzende des Hoteldienstlervereins, Hr. Heinrich, sein Gutachten dahin abgegeben hatte, daß die von der Klägerin erhobenen Provisionen hier örtlich üblich seien, kam ein Vergleich zu Stande auf der Basis, daß der Angeklagte in seinem Blatte die erhobenen Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt und die Kosten trägt.

Wegen Unverschämtheit, begangen durch Verkauf von Möbeln, welche ihm von der Armendirection leihweise überlassen waren, wurde ein hiesiger Einwohner mit 14 Tagen Gefängnis bestraft.

In der Strafsache v. Kriegshelm und Genossen ist nun auch von den Hauptangeklagten v. Kriegshelm Revision gegen das Urteil der III. Strafkammer eingelegt worden. Landgerichtsrat Neumann, dem die Abfassung des Erkenntnisses obliegt, hat zu diesem Zweck einen vierzehntägigen Urlaub erhalten.

Verksammlungen.

Eine von 300 Malern besuchte Versammlung tagte am 14. d. M. Zunächst teilte Vint mit, daß, trotzdem die Arbeiter sich im Streik befinden, einige Maler sich gefunden hätten, Arbeiterarbeit zu verrichten. Redner bedauerte das unmoralische Verhalten der Maler. Hierauf gelangte die Frage des Arbeitsnachweises zur Besprechung. Während des Besprechens und einige andere Mitglieder unter Zustimmung der Versammlung für das Fortbestehen des eigenen Arbeitsnachweises plädierten, erklärten sich Stoll und Wulfschold für den partiellistischen Nachweis. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur Annahme: Der Arbeitsnachweis der Organisation bleibt in Form und Gehalt weiter bestehen. Ferner verpflichten sich die Kollegen, in den 6 Sommermonaten a Monat 20 Pf. für den Arbeitsnachweis zu zahlen. Ein Zusatzantrag, die nicht organisierten Kollegen am Arbeitsnachweis teilnehmen zu lassen, wurde abgelehnt.

Die Böttcher hielten am Sonntag bei Rummel, Brunnenstraße, eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Nach einem kurzen Bericht über die Thätigkeit der Berliner Gewerkschaftskommission wurde Stoll als Vertrauensmann und als Delegierter zur Gewerkschaftskommission und Papenfuss als Stellvertreter gewählt. Hierauf wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Brauereien erörtert. Von 12 größeren Brauereien, in denen die Arbeitsverhältnisse genau ermittelt worden sind, besteht in 9 die 9/10 und in 3 die 9/10 bis 2/3 stündige Arbeitszeit. In 8 Brauereien wird ein Wochenlohn von 27 M., in 4 ein solcher von 25,50 bis 30 M. bezahlt. Die sanitären und hygienischen Zustände lassen viel zu wünschen übrig. Insbesondere ist ein Mangel bezüglich der Dache- und Unfällevermeidung, der Bedeckungen und Bedürfnisanstalten vorhanden und in einigen Brauereien sind die Böttcherverhältnisse ganz besonders schlecht beschaffen. Wie von mehreren Rednern angeführt wurde, ist die Ausübung der Arbeitstätigkeit erheblich intensiver geworden und sind die zahlreichen Unglücksfälle und vielen Erkrankungen im Beruf in den letzten Jahren zum großen Teil auf die Ueberanstrengung zurückzuführen. Nach längerer Debatte, in der auch darauf hingewiesen wurde, daß eine nehmenswerte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Böttcher in den letzten 10 Jahren nicht stattgefunden hat, wurde einstimmig beschlossen, in allen Brauereien einen Minimallohn von 31 Mark und die Einführung der 8 stündigen Arbeitszeit für die Böttcher zu fordern. Ferner wurde eine Kommission, bestehend aus Neumann, Stoll, Reis, Wulski und Wulfschold, gewählt, welche den Brauereien die Forderung unterbreiten soll. Außerdem gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach in allen Brauereien, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, Vertrauensmänner zu wählen und die Sammlungen zum Generalfonds vorzunehmen sind.

Der Bericht des Geleiten-Ausschusses der Innungen wurde bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt, in der dann auch über die Mißstände, die bei dem Arbeitsnachweis der Ringbrauereien obwalten, verhandelt werden soll.

Egdy-Vereinigung. Dienstag, den 20. d. M. abends 8 1/2 Uhr, in Röhmsch Platz, Niederwallstr. 20. Herr Gähler: „Mit es sociale Pflicht, den gewerkschaftlichen Mittelstand zu stärken?“ Was willkommen.
Konsumverein-Eintracht. Am Dienstag, den 20. d. M., ordentliche Generalversammlung. — Am Sonntag, den 24. d. M., Monatsversammlung. Beide bei Zimmer, Ammerstr. 9, abends 8 1/2 Uhr.

Vermischtes.

Eine Nachricht von Andree? Ein hiesiges Sensationsblatt will aus Stockholm folgende Nachricht erhalten haben: Ein neues Andree-Gericht ist über London von Ottawa (Kanada) gekommen. Letzten Oktober kamen nach Churchill fünf Eskimos, welche erzählten, daß zwei weiße Männer, die vom Himmel gekommen waren, letzten Frühling von räuberischen Eskimos getötet worden

seien. Sie sagten, daß sie Reste des Vokons gesehen und wußten wo diese verborgen worden sind.

Eisenbahn-Katzen. In Brüssel stieß Sonntag früh der Dursingzug Brüssel-Paris infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzuge dicht bei dem Bahnhof Forest in der Nähe des Südbahnhofs (Brüssel) zusammen. Der Dursingzug ist stark beschädigt, jedoch ist niemand verletzt worden. — Aus Kattowitz, 18. Februar, wird gemeldet: Auf der Station Gchorow ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Bremser Fabian und der Hauptmeister Erbs wurden von einem Güterzug überfahren. Fabian wurde getötet, Erbs ist lebensgefährlich verletzt.

Durch einen Revolververstoß hat, wie dem „Berl. Tageblatt“ mitgeteilt wird, in Pechna der Wachtmeister eine Person getötet. Er feuerte einen Revolververstoß, angeblich als Scherzschuß, auf eine sich belustigende Kinderjäger, wobei er einen vorübergehenden Bahnarbeiter tötete.

Ein Graf als nützliches Mitglied der Gesellschaft. Der „Morning Leader“ meldet aus New York: Graf Gebhard v. Blücher, der seit langer Zeit verschwindene Krenkel Blüchers und Erbe von Schloß Wiesow, wurde in einer New Yorker Barschacht ausfindig gemacht. Er ist lange Wachtmeister in New York und Baltimore gewesen. Seine zweite Frau hofft, ihn nach Deutschland bringen zu können. Warum will sie ihn seinem nützlichen Berufe entreißen?

In Mittel-, Ost- und Nordrußland sowie in den Ostseeprovinzen herrscht ungewöhnlich starker Frost. Die Kälte betrug Sonnabend in Riga 27, in Petersburg Sonntag 25 Grad.

Arnold Voelckel erkrankt. Wie aus Florenz berichtet wird, liegt Arnold Voelckel nicht unbedenklich an der Infuenza danieder. Sonnabend befand sich der Altmeister recht schlecht. Sonntag trat eine merkliche Besserung ein.

Pariser Weltausstellung. Dem „Figaro“ zufolge beträgt nach dem Ausweis des Weltausstellungskatalogs, welcher 30 Bände umfassen wird, die Zahl der Aussteller 76 000. Davon entfallen auf Frankreich etwa 26 000 und auf das Ausland 50 000. Mit Einschluß der Teilnehmer an temporären Ausstellungen wird die Weltausstellung 100 000 Aussteller zählen, 37 000 mehr als die vom Jahre 1889.

Sturm an der spanischen Küste. Bei Sao Vicente de la Vera, Provinz Santander, in der letzten Nacht drei Dampfer, 24 Personen ertranken. Das Schicksal von acht andren Fahrzeugen, die sich an der Küste in der Nähe von Oviedo befanden, ist nicht bekannt. Man befürchtet den Verlust von zwei weiteren Dampfern mit einer Mannschaft von 47 Personen.

Das Varietés-Theater Trianon, wo in der letzten Zeit der bekannte italienische Verwandschafts-Künstler Fregoli Vorstellungen gab, ist, wie man aus Paris berichtet, in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag gänzlich niedergebrannt. Fregoli hat alle seine Kostüme und Dekorationen verloren.

Heber den Kindern in Guatemala gehen uns aus Madrid ausführliche Nachrichten zu. Aus denselben ist zunächst ersichtlich, daß die Sensationsdepesche des Pariser „Petit Journal“ ein „heimisches Produkt“ war. Das „Petit Journal“ hat gekümmert, als es meldete, es habe die Depesche direkt aus Guatemala erhalten; es hat sie einfach dem Madrider „Gaceta“ entnommen, der sie seinerseits aus einer vor einigen Tagen in Madrid eingetroffenen Nummer des in Montevideo erscheinenden Blattes „La Razon“ genommen hat. So viel über den Ursprung der Geschichte; nun zur Sache selbst. „La Razon“ schrieb: Etwas Ungeheuerliches hat sich in der Stadt Guatemala ereignet, eine Bluttat, welcher 300 unschuldige Kinder zum Opfer fielen. Man feierte anlässlich der Beerdigung der Säuglinge ein Kinderfest, das mit einer Apotheose der Wissenschaft schloß. Man hatte zu diesem Zwecke eine Estrade gebaut, und hoch oben stand unter einem tempelartigen Zindbald ein mit den Attributen der Minerva ausgeschattetes Mädchen, umgeben von andern Kindern. Die übrigen Jünglinge der Schulen standen auf den Stufen der Estrade und sangen Schullieder. Plötzlich löste sich vom Dache eine Zinkplatte los und verwindete beim Herunterfallen die jugendliche Minerva und mehrere Schulkinder. Schreiend und weinend liefen die Kinder davon, und die Eltern der Säuglinge, welche dem Fest beizuwohnten, drängten vorwärts, um ihre Kinder zu suchen, wobei ein großer Lärm und eine ungeheure Verwirrung entstand. Der in beständiger Attentatsangst schwebende Präsident der Republik Guatemala, Estrada Cabrera, der gleichfalls dem Kinderfeste beizuwohnte, glaubte, da er über die Veranlassung zu dem allgemeinen Durcheinander nichts Näheres erfahren konnte, daß die seit langer Zeit erwartete Revolution nun endlich ausgebrochen sei, und gab seiner Leibgarde den Befehl, auf die schuldige Menge zu feuern. Die Folgen des barbarischen Befehls waren entsetzlich: 300 Kinder fielen dem mörderischen Ziel der Soldaten zum Opfer. Als der neue Herodes sah, was er angerichtet hatte, verbot er den Zeitungen seines Landes, bei schwerster Strafe, über den Vorfall zu berichten. In den ersten Tagen wurden auch sämtliche Privatbriefe und Privattelegramme einer strengen Censur unterworfen. „La Razon“ verdrängt sich für die Richtigkeit seiner Mitteilungen.

Der Pariser Gesandte für Guatemala erklärt die Meldung der Wälder, wonach bei einem Kinderfest, dem der Präsident Cabrera beizuwohnte, in Guatemala 300 Kinder getötet worden seien, für un begründet. Es sei richtig, daß Präsident Cabrera den Soldaten den Befehl gegeben habe, zu feuern.

Marktpreise von Berlin am 17. Februar 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.		Schweinefleisch		Lammfleisch	
Wagen	D. Gr.	15,20	14,-	1,60	1,10
Wagen	14,20	13,80	Rindfleisch	1,80	1,-
Rinderfleisch	13,90	13,-	Dammfleisch	1,60	1,-
Butter gut	15,-	14,20	Butter	2,60	2,-
mittel	14,10	13,40	Eier	60 Stück	6,- 3,-
gering	13,30	12,60	Karpfen	1 kg	2,20 1,20
Hühnerfleisch	5,-	4,50	Hale	2,80	1,40
Gänse	7,00	4,80	Zander	2,50	1,-
Enten	40,-	25,-	Hecht	2,-	1,-
Speckschinken	45,-	25,-	Barfische	1,00	0,80
Speck	70,-	30,-	Schmalz	2,80	1,20
Kartoffeln, neue	7,-	4,50	Hefe	1,40	0,80
Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20	Rente	per Schaf	12,- 3,-
do. Barm	1,20	0,90			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landeswirtschaftskammern — Notierungsscheine — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner. *) Reichhandelspreis.

Produktenmarkt vom 17. Februar. Auf dem Getreidemarkt trat nach behaupteterm Besten eine Abmilderung ein auf Portlander der milden, regnerischen Witterung und watten Haltung der übrigen europäischen Märkte. Auch die schwachen Meldungen aus Paris und Nordamerika riefen bei uns Realisierungslust für Roggetreide hervor. Dabei vertheilten sich die Käufer in hohem Grade reserviert, sodass die Umsätze wiederum beschränkt blieben. Weizen war 0,75, Roggen über 1 Mark billiger zu haben. Hafer lag ruhig aber sehr, Rüböl nominal Preis behaltend.

Am Spiritusmarkt wurden 25 000 Liter loco 70er mit 47,30 M. (- 0,10) gehandelt.

Witterungsbericht vom 19. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	
Swinemünde	747	SW	4	wolfig	2	Papenburg	764	SW	2	bedeckt
Bomburg	743	SW	2	Regen	3	Petersburg	765	SW	2	bedeckt
Berlin	748	SW	3	bedeckt	2	Lort	725	SW	3	Regen
Bresbaden	746	SW	1	Regen	5	Albedun	—	—	—	—
München	752	SW	4	Regen	2	Paris	743	SW	6	Regen
Wien	756	SW	1	Regel	—	—	—	—	—	

Wetter-Prognose für Dienstag, den 20. Februar 1900. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und stellenweise harten westlichen Winden; nachher auffälliger und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 20. Februar.
Cyberhaus, kein Ticket. Die Puppentheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, auf Straßenaufgang. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches, Der Probekandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.
Seiffers, Der Uhlert. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner, Harold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues, Nolle Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller, Frischweilert. Anfang 8 Uhr.
Westen, Der Sigennerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia, Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubaus, Die Dame von Bayun. Anfang 7 1/2 Uhr.
Felsen, Der Paar Schuhe. Anfang 8 Uhr.
Central, Die kleine Excellenz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk, Die Jagd nach dem Glück. Anfang 8 Uhr.
Volkstheater, Dialektabend. Anfang 8 Uhr.
Victoria, Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich, Wilhelmshäufchen. Anfang 8 Uhr.
Metropol, Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo, Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen, Stettiner Sängerkreis. Anfang 8 Uhr.
Volkstheater, Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Hrens, Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr. Von den Alpen zum Vesuv.
Hörsaal: Die Porzellanfabrikation.
Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Edhiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Frischweilert.
Schauspiel in 4 Akten: von G. v. Weigel und Ferd. Runkel.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Frischweilert.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Probepfeil.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 5440, Dresdenstr. 72/73.
Täglich: Riesenlacherfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Fährhörn, Selmerding, Junfermann, Baumhüter.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Carl Weiss-Theater

Or. Kurfürsterstr. 132.
Die Jagd nach dem Glück.
Anfang 8 Uhr.
Baugesellschaft haben Gültigkeit.
Nächst: Dialekt-Vorstellung.
Freitag: Volkstheaterstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Parkett 1 Mark.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die kleine Excellenz.
Operette in drei Akten von Richard Heuberger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die kleine Excellenz.
Sonntagvormittag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Ziegenbaron.
Operette von Joh. Strauß.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.
Hörsaal: Die Porzellanfabrikation.
Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Anatomisches Museum.

Im Passage-Panopticum
geöffnet 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Montag u. Dienstag abends 8 Uhr: Vortrag eines hiesigen Arztes: Ueber das menschliche Ohr.
Montag für Herren, Dienstag für Damen.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armes
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sängerkreis
und Schuhplattler-Gesellschaft.

Metropol-Theater

Behrenstr. 55/57, Dir. Rich. Schultze.
Sollständig neues Februar-Specialitäten-Programm.
Mdle. Sidley, Miss Dejo, Les Arbras, Les Vicentina, Allison-Truppe, Litke Carlsen.
Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
mit der feenhaften Frauen-Garde.
Anfang an Wochentagen um 8, an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr.
Sonntag, den 24. Februar 1900: Grosses Carnevals-Fest und letzter diesjähr. Masken-Ball. Grosser aktueller Festzug. Wahl der Carnevals-Königin. Blumenschlacht. 500 Mitwirkende.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Heute Dienstag: Hoffmanns Norddeutsche Sängerkreis.
Hoffmann als Präsident Krüger.
Bobbier, Antich.
Morgen Mittwoch: Keine Soiree.
Dienstag, 27. Februar: Weihnachts-Ball.

Cirkus Busch.

Heute, Dienstag, den 20. Februar, abds. 7 1/2 Uhr: Grande Soiree equestre.
Zum 100. Male: Die Camorra.
Anmerkungen: Polo-Spiele zu Pferde, Equestriker-Karnevalszug, Menuette à cheval, Signor Ricardo mit seinen munteren drei Fanden. Die Reiter-Attabaten-Truppe.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Beispielvoller Erfolg des neuen Riesen-Programms.
Nur erstklassige Specialitäten.
Neu! Neu! Neu!
vom Kriegsschauplatz in Transvaal.
8 1/2 Uhr. Revuecenter: 8 1/2 Uhr.
Endlich allein.
Sauptrolle: Dir. Rich. Winkler.
Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverkauf 11 bis 1 Uhr. Jeden Sonntag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen. Besucher der Vorstellung haben Frol-Tanz. Sonntag, den 3. März 1900: Grosses Bockbier-Fest.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr abends:
Im Reiche des Indra.
Eine Fahrt durch die indischen Wundergärten.
Um 1 1/2 Uhr: La Fagette. Schwestern Serial. Dell Oro. Acquamariños. Hill u. Holl. Diamantine. Ephraim Thompson, Dagmar Hansen etc. etc. etc.
Der Kosmograph, neueste Aufnahmen aus dem Transvaal-Kriege.
Anfang 1 1/2 Uhr.
Vorverkauf im Theater von 10 bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank u. Künstlerdank.

W. Noacks Theater,

Bannstr. 16.
Der jüngste Lieutenant.
Bosse mit Gelang in 3 Akten v. Jacobson. Musik v. Lehnhardt.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sängerkreis.
Anfang:
Dienstag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pfennig.
Großartiges Programm!

Cirkus Schumann.

Heute, Dienstag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Monstre-Vorstellung.
Küher-10 der besten Nummern des Programms, Auftreten der neu-angeworbenen Künstler, sowie Vorstellung der anerkannt unerreichten höchstbedeutend Originalvorstellungen des Dir. Alb. Schumann.
Zum Schluss: Zum 10. Male:
Dr. Faust.
Anfang der pantomime 9 Uhr.
Eine romantisch-phantastische Handlung in 3 Acten von Dr. Siems. Im Scene spielt vom Dir. Albert Schumann und Hof-Balletmeister A. Siems. Musik von A. Reyer. Regie Balletmeister Reisinger.
1. Akt: Im Studierzimmer des Dr. Faust.
2. Akt: Ein Schützenfest im 16. Jahrhundert.
3. Akt: Die Herzogin von Ferrara. Der Hexensabbat auf dem Blocksberg.
Fausts Höllenfahrt.
Maskenball-Schne u. Stiefel verkauft Neumann, Wrangelstr. 77, früherer Sonntagstr. 25.

Linde-Essenz

ist jeder praktischen Hausfrau dringend zu empfehlen, denn man kann durch ihren Gebrauch an Bohnenkaffee sparen.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sängerkreis.
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entrée 20 Pf. Vorzugsbilletts 15 Pf.

Masken-Garderobe.

Größte Auswahl. Billigste Preise. Verein Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Cranichstr. Nr. 178
11. Adalbertstr. 91.
Edle Cranichstr.

Billigste Bezugsquelle für roh und geröstete Kaffee's

in hundertfach Auswahl
pr. Pfd. 55, 63, 68, 75, 80, 85, 90, 100 Pfg. u. s. w.
Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Rosenthaler Strasse 59.

Reel! Cigarren! Billig!

Wir empfehlen außer uns bekannten Marken von 20 M. aufwärts als hervorragend gut u. preiswert.
Nr. 6 M. 30 | Müller, Preisermäßigung.
Nr. 52 M. 32 | f. Wiederverkäufer.
Nr. 54 M. 34 | franco.
pro Pfd. u. tabaklos. Brand u. Aroma.
Holzmann & Co., Cigarrenfabrik,
Berlin, Brandenburgstr. 41.

Bühne v. 2 M. an.

garantiert gut! Teilhaft. Reparaturen in 2 Stunden.
Blombieren v. 1 M. an.
Zahnräder schmerzlos. Sprech 8-8.
N. Lange, Edle Marchstraße.

Fahrräder

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illust. Hauptkatal. über
u. Fahrradartikel u. Sie werden sich überzeugen, dass ich b. bester Qualität, mit 1-jähr. Garant., am billigsten bis - Wiederverk. gek.
Deutsche Fahrrad-Industrie,
Richard Driessen,
Hannover, Brüderstr. 4.

Robert Hecht,

Berlin S.,
Cranichstr. 112.
Hierbei schnell und billig alle Arten
Stempel
in jeder Ausfertigung.
Kaufschrit-Typen-Verket
zum Zusammenstecken einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Natur-Heilverfahren.

Haut, Horn- u. Nasenleiden, Frauenkrankheit, heilt sicher ohne Benützung. 13442.
R. Wagner, Wohlstraße 23, 9-2, 3-9, 31-9-2

Löst. Frühstücks-Suppen Gemüse- und Kraftsuppen Bouillon-Kapseln Suppen-Würze

zu haben bei **J. Jonas, NW.,** Zwinglstr. 14 c.
MAGGI
Charlottenburg!!
Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer.

Karol Weils Seifenextrakt

ist an die hundert Male nachgeahmt, aber niemals in Qualität erreicht worden. Achtet deshalb auf unsere Schutzmarke „Waschfass“.

Wein

zum Ausschank sehr geeignet! süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet in Geschmack, garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.-, 100 Ltr. 65.-, Oshof M. 120.-, Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16, Amt IV. 9676.

Blumenhandlung und Kranzbinderei von Otto Knabe

19a Admiral-Strasse 19a empfiehlt Widmungskränze, Strauße, Rosetten, Topfgewächse aller Art.
Kranzbinderei u. Blumenhandlung von Robert Meyer, No. 2, Mariannenstr. No. 2. Widmungskränze, Girlandeb., Ballstränzen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

5 1/2 Bvd. Brot 50 Pfg.

H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelstr. 9, Krausstr. 19, Faldenkirchstr. 28, Lantierstr. 2.

Masken-Kostüme

empfehlen (35332)
Karl Ernst,
Köpnickerstr. 126, 1.
Bereitiger dieser Annonce erh. 10 Proz. Preisermäßigung.

Stenographie.

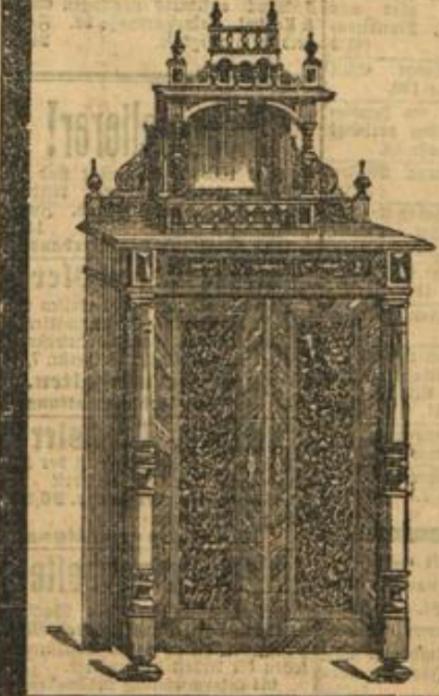
Neue Unterrichtskurse des Arbeit-Stenogr.-Vereins „Stolze“ in der „Vereinfachten deutschen Stenographie“ beginnen:
Dienstag, 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Gruppe, Annonstr. 16.
Donnerstag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Jahn, Gräferstr. 82, u. im Moab. Klubhaus, Beusselstr. 9.
Sonntag, 25. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Gleimert, Schultstr. 29.
Unterrichtsgeld 4 Mk.
Die erste Stunde ist kostenfrei. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

Falbe,

44, Elsasserstr. 44.
Behandlung aller Haut- u. Hornleiden ohne Benützung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-3. Bei Sorgung der Verbandstoffe 10 Proz. 24542

Frauenleiden

heilt mit vorzügl. Erfolge
Fran Grundmann,
natürl. Naturheilkundige. - Sprechst. im Frauenheilbad
Nabe
Nöpnickerstr. 72, Bräckenstraße
Dienstag u. Freitag 6-7 u. Charlottenburg, Naturheilanst. Berlinerstr. 40, (Nabe Rente) täglich 8-10, 3-5. (35282) Konsultation mit Untersuchung 1.50



Th. Fork, Kretzschmar & Co.,

Bereinigte Tischler- und Tapezierermeister,
Berlin C., an der Jannowitzbrücke Nr. 4
(direkt Stadtbahnhof Jannowitzbrücke)

Deutschlands grösstes Möbelkaufhaus

für bürgerliche Wohnungseinrichtungen.
Lieferung für Berlin und Umgebung kostenfrei durch unsere eignen Gespanne.
Bei größeren Aufträgen stellen wir den Dekorateur unentgeltlich.

Da bekanntlich durch das Steigen der Rohmaterialien die Möbel etwa 15 Prozent teurer geworden sind, ist es uns noch möglich, durch rechtzeitige große Abkäufe und großes Lager zum alten Preis, so lange der Vorrat reicht, zu verkaufen. Möbel, welche jetzt schon gekauft werden, können bis zum Gebrauch bei uns unentgeltlich stehen bleiben. Es empfiehlt sich daher, den Einkauf recht bald zu befragen.

Bitte, verlangen Sie unser Musterbuch gratis und franco.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr:
Versammlung
im Lokale Schultheiß, Neue Jakobstraße 24-25.
Tages-Ordnung:
1. Historischer Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Bloß über:
Die Staatskunst Bismarcks. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Wähler haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
240/4
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost)
Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, bei Herrn Brüder,
Waldeemarstr. 75:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. J. Zadek über: „Die Influenza-Epidemie.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Wähler haben Zutritt. 242/6
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
bei Kleinert, Schulstr. 29:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Eduard Warnk über das neue Invaliden-versicherungs-Gesetz. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Wähler haben Zutritt. Der Vorstand.

Achtung, Wedding!
Großer öffentlicher Vortrag
für Damen und Herren
im „Neuen Naturheilverein“ Charlottenburg-Berlin
(Vorsitzende M. Kube)
im „Rödliner Hof“, Berlin N., Rödlinerstr. 8
Freitag, den 23. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr:
spricht
Frl. M. Kube, Naturheilkundige
über
Nerven- und Geistes-Krankheiten.
Unsere heutige Irrenpflege.
Es werden Kranke vorgestellt. 249/5
Es verläumt niemand, diesen interessanten Vortrag zu besuchen.
Um zahlreiches Besuch bittet
Der Vorstand.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, 25. Februar, nachm. 2 Uhr,
im Thalia-Theater, Dresdenerstr. 72:
Ordentliche Vereins-Vorstellung.

Die schlechten Hirten.
Socials Drama in 5 Akten von Octave Mirbeau. Deutsch von
A. B. und W. L.
Einige Mitglieder werden noch bis Donnerstag, den
22. Februar, aufgenommen. 150/3
Der Vorstand. H. Neff, Raffinerer, Georgenkirchstr. 24a.

Achtung! Achtung!
Radfahrer Charlottenburgs!
Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn
Wernicke, Bismarckstraße:
Große öffentliche Versammlung
aller Arbeiter-Radfahrer Charlottenburgs.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Arbeiter-Radfahrer Charlottenburgs zur Grün-
dung eines Arbeiter-Radfahrervereins resp. deren Anschluss an den Bund
Deutscher Radfahrer „Solidarität“. 2. Diskussion.
Genossen, in Anbetracht der wichtigen sowie reichhaltigen Tagesordnung
erwarte ich regen Besuch. Auch Fahrer, die nicht im Besitze eines Rades
sowie die hier bestehenden Radfahrervereine sind hierzu ganz besonders ein-
geladen.
Der Einberafer.

Verkäufe.
Ausgehendes Material, Obst- und
Gemüsegeschäft frankfurterwärts sofort
zu verkaufen. Kaufmann Ernst J. Reul,
Barnimstraße 42. 112/2
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 1118*
Möbel, bar und Teilzahlung,
billigst. Frankfurter Allee 110, I. Ecke
Adnigsbergerstraße. 287A*
Rufbaummöbel, ganze Einrichtung,
auch einzeln, spottbillig. Rosenber-
straße 88, vorn II. rechts. 52K*
Garderoben etc., welche nicht ab-
geholt, werden billig verkauft. Hildebrandt,
Weissenhof, Königshausstraße 4. 162*
**Vorjährige elegante Herren-
paletots** und Anzüge aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag-
abend und Sonntag. Versandhaus
Germania, Unter den Linden 21 II.
Betten, Steppdecken, Gardinen,
Bettwäsche spottbillig. Pfandliche
Reanderstraße 6.
Teppiche mit Farbenfeinern,
Fabriklager Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 1118*
Damenbüsten, Schreibische Baden
Hof, Regale, Glühbirnen, Weige-
schalen spottbillig. Gals, Weinberg-
weg 13b. 208/6
Juvenatpreis, Adressliste ver-
kauft Stolzenburg, Weissenhofstraße 14.

Dienstag, den 20. Februar 1900, abends 8 Uhr,
Volks-Versammlung
im Lokal von Lipps (Friedrichshain).
Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel über: „Die
lex Heinze und die öffentliche Sittlichkeit.“ Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen, namentlich der Frauen, ersucht
1/5 Die Vertrauensperson.

**Genossenschafts-
Buchdruckerei**
(Eing. Gen. mit beschr. Haftung).
Sonntag, den 25. März 1900,
nachmittags 5 Uhr, im Lokale
des Herrn Carl Ern, Wehr-
wolf, Solingen:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht (Vorlage der
Bilanz pro 1899.)
2. Beschlußfassung über Verwen-
dung des Ueberschusses.
3. Renouveau des Vorstandes und
des Aufsichtsrats.
4. Anträge.
Der Aufsichtsrat.

**Elfte Abänderung
des Statuts der
Allgemein. Orts-Krankenkasse
gewerblicher Arbeiter
u. Arbeiterinnen zu Berlin.**
In § 23 Abs. 3 einzufügen hinter
„die Weiterbehandlung muß jedoch
durch den Vereinsarzt erfolgen“:
Artikel I
Die erkrankten Mitglieder sind ver-
pflichtet, wenn Ungeheuerheit über die
Art ihrer Krankheit oder Feststellung
ihrer Arbeitsunfähigkeit entsteht, sich
der Untersuchung eines zweiten Arztes
zu unterwerfen, welcher vom Vorstand
des die Mitglieder behandelnden
Krankeneinzelbestimmtes wird.
Berlin, den 7. September 1899.
Der Vorstand.
Paul Söde, Vorsitzender.

Vorliegende Abänderung wird mit
der Maßgabe genehmigt, daß dieselbe
nicht den Behaltungsmaßregeln für
erkrankte Mitglieder, sondern dem
§ 23 Abs. 3 hinter dem Satz „die
weitere Behandlung muß jedoch durch
den Vereinsarzt erfolgen“ einzu-
fügen ist. [270/7
Berlin, den 16. Januar 1900.
Der Bezirks-Aufsichtsrat.
(L. S.)
C. 504/1. 99. ad 1089 Gew. II 00.
Vorstandende Änderung tritt mit
dem Tage der erfolgten Genehmigung
seitens des Bezirks-Aufsichtsrates in Kraft.
Berlin, den 15. Februar 1900.
Der Vorstand.
P. Söde, Vorsitzender.

Achtung, Holzarbeiter!
Heute, Dienstag, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Kopen-
straße Nr. 29: 79/2
Versammlung der Streikenden.
Bericht über den Stand der Bewegung.
Achtung, Rabizpoker!
Mittwoch, den 21. v. M., abends 8 Uhr, in Feuerkeins Festsaal,
Alte Jakobstraße 75:
Mitglieder-Versammlung
der Zählstelle Berlin III des Zentralverbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und
Renouveau desselben. 2. Verbands-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
252/3
Die örtliche Verwaltung.

Achtung! Moabit.
Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 Uhr:
Volksversammlung
im Moabiter Gesellschaftshaus (Peter's) Alt-Moabit.
Vortrag der Herren Dr. Mundig und Rechtsanwalt Stelnschneider über: Die praktischen Auf-
gaben der Kontingenzgenossenschaften. 265/15
Zahlreiches Erscheinen der Arbeiter Moabits erwartet
Der Einberafer.

Achtung! Moabit!
Donnerstag, den 22. Februar cr., abends 8 Uhr:
Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung
im Saale der Arendschen Brauerei, Turmstr. 26/27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtr. Dr. Carl Freudenberg über: Die bevorstehende Stichwahl. 2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen erwartet 219/10
Das Wahlkomitee.

Achtung! MAURER.
Mittwoch, den 21. Februar 1900, abends 8 Uhr:
Grosse Mitgliederversammlung
aller zum
Streichgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen
im Lokale Sandfouci, Kottbusserstraße Nr. 4a.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Wagner. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über die
Sammlung zum Streikfonds. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet 136/14
Die Verbandsleitung.

Achtung! Töpfer.
Mittwoch, den 21. Februar cr., abends 6 Uhr:
Öffentl. Versammlung
der Filiale Berlin
in Keller's Festsaal (oberer Saal), Kopenstr. 29.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Dr. Fränkl über: Das
Alters- und Invaliditätsgesetz. 2. Wahl der Vertreter zur Gewerkschafts-
Kommission. 3. Gewerkschaftliches.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Verband der Sattler
und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Berlin I.
Mittwoch, den 21. Februar, abends 9 Uhr, im „Englischen Hof“,
Neue Kottstraße Nr. 3:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Anträge zu
berathen. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. 156/13
Um zahlreiches Besuch bittet
Der Vorstand.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager
Arbeit, äußerst billige A. Schulz,
Preise, empfindlich
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! (*)
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Kleine Anzeigen.
Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in dem Anzeigenlokal für Berlin
bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Beuthstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkauf: Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Teppiche, Regulatoren, Remontir-
arbeiten spottbillig Pfandliche Reander-
straße 6. 5/11*
Fahrräder, zu kolossal billigen
Preisen, auch Teilzahlung, Fabrik
Oranienstraße 33. 59K*
Fahrräder, Teilzahlung, möbige
Anzahlung. Voger, vierhundert Fahr-
räder, einjährige Garantie, liefern
direkt Privat. Imperial-Fahrräder-
werke, Dieffenbachstraße 33. 156B*
Kanarienvögel, frische Jagd-
weihen, echter Stamm, verkauft billig
Bismarck, Cuvrystraße 20, vorn II. (*)
Steppdecken am billigsten Fabrik
Große Frankfurterstraße 9, parterre.
Betten, praxistoller Stand, sofort,
20 Mark, umständlicher Adalbert-
straße 78, I. Preyslstr. 2492B
Einrichtungs-Möbel und Ausstuf-
Stempel liefert seit 22 Jahren für
tausende Kassen und Serene Jean
Hofe, Hamburg, Drebbahn 45.
Verlag sozialistischer Bilder. Illustrierte
Verzeichnisse gratis und franco.
Kontaktbüro der socialdemokratischen
Partei 1898.
Nähmaschinen. Alle Sorten ohne
Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, Post-
karte. Hechner, Duxstr. 26. 113B*
Nähmaschinen besser Systeme, ohne
Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünf-
jährige Garantie, schnellste Lieferung,
Postkarte genügt. Sandberger, Sand-
bergerstraße 35. 2502B

Großes Tischspind verkauft sofort
Fehrbellnerstraße 47. 1123

Vermischte Anzeigen.
Hugobab, Adniserstraße 60.
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-
kassen. 38A*
Buchbinder-Arbeit jeder Art
fertig Herdionod Kleiner, W. Bülow-
straße 56, 2. Hof parterre. 2387B
Wäschen für Damen und Herren
versteht von 1 Mark an Ferdinand
Denke, Dammwegstraße 1. 2489B
Wadentostkäse, Damen, Herren,
elegant, chic, billig. Neue Adnig-
straße 30. 222*
Hören postbillig Wilhelm Klabe,
Uhrmacher, Pariserstraße 45. 1145*
Bereinszimmer empfiehlt Herr
Alte Jakobstraße 119. 1288K*
Bereinszimmer Simeonstr. 23
Hilf. 64K*
Bereinszimmer, bis 30 Personen,
zu vergeben Montag, Donnerstag,
Freitag, Hebel, Stalitzerstraße 102
Gustav Kobowig, Kommandanten-
straße 65, an der alten Jakobstraße.
Bereinszimmer mit Pianino für 40
Personen. Telefon: Amt 4a, 6501.
Heute, Dienstag: Frische Blut-
und Leberwurst, sowie Preiskur und
Beberwurst empfiehlt Kaiser, Belfer-
straße 22. 2491B

Miles Retail, altes Eisen, höchste
Preise. Brod, Brangelstraße 4. Ferie
Abholung. Bestellung bitte Postkarte.

Arbeitsburschen, auf geschweifte
Gardinenbreiter gelübt, aber nur
solche, verlangt Ballot, Roudjoun-
Platz 10. (81/2

Schiffmaler verlangt Emil
Heinze, Alte Jakobstraße 130.

Ein Berliner und ein Gardig-
macher auf bessere Beissen verlangt
Behner, Stallstraße 88.

Terrazzo-Schleifer gesucht. Müller,
Somborlerstraße 33. 2505B

Arbeiterinnen auf Knaben-Anzüge,
höchste Löhne, verlangt Dunkel,
Wrangeferstr. 70, Seitenflügel 4 Treppen.

Geübte Belegerin auf Goldbleiben
gelucht. Kleinigstraße 15. 1107*

Quarbeiterinnen verlangt. Kusen-
hoff, Fiedersstraße 49. 2504B

Ein kräftiges Mädchen von 15 bis
16 Jahren für nachmittags gelucht
von Frau Hermann Kübler, O.
Petersburgerstraße 85, II. 2496B

Mädchenjungen-Arbeiterinnen ver-
langt Lambrecht, Schlemmerstraße 24.

Styepdecken-Handnäherinnen sucht
Wew, Mendelssohnstraße 1. 2472B

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Wamsells auf bessere Jacketts von
3 Mark anwärts verlangen Chapp
& Kasket, Leipzigerstraße 58. Fahr-
geld wird vergütet. 2474B

Möbelpolierer!
Seit dem 4. Dezember sind die
Kollegen der Laborenz, Nirdorf,
Knefbeckstraße, im Ausstand. Bezug
fernzuhalten bittet 145/5
Der Vorstand des Verbandes.

Achtung! Drechsler!
Von d. Maschinenwarenfabrik von
Habit u. Comp., Elisabeth-Platz 20
Goldschmidt u. Comp., Ritterstr. 40
Kassel u. Fleischer, Brüderstr. 7, ist
Zugzug fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Drechsler!
Wegen Lohnhöherungen ist der Zu-
gang nach der Möbelfabrik von
P. Seelisch, Rigaerstr. 90/97,
streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!
Schwellige Kollegen der Werkstatt
von Käster, Pantlitzerei, Wag-
straße 8, haben wegen Tarifstrei-
teuren die Arbeit niedergelegt. 179/3
Die Ortsverwaltung Schönberg.